

Die „Vorwärts“ enthält morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ein ...

Die abendliche Sonderausgabe des „Vorwärts“ kostet 5.- M. einschließlich ...

# Vorwärts

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Streikbewegung in England

### Am kritischen Wendepunkt

#### Der Eisenbahnerstreik verschoben. — Neue Verhandlungen wahrscheinlich

Die gewaltige Streikbewegung in England steht in diesen Tagen in ihrem kritischen Wendepunkt. Das Streikultimum der Eisenbahner sollte am Sonntag abend ablaufen. Damit bestand die Möglichkeit, daß nicht nur die Eisenbahner am Montag, sondern in schneller Aufeinanderfolge auch andere Berufsgruppen, vor allem die übrigen Transportarbeiter, in den Streik eintreten würden. Diese Krisis hat dazu geführt, daß man auf allen Seiten bemüht war, Spielraum zu gewinnen. Auf der gemeinsamen Konferenz der Eisenbahner und Bergarbeiter am Sonnabend ist vorgeschlagen worden, daß die Eisenbahner den Streik bis auf Mittwoch vertagen sollen, um den Beschluß der dann zusammentretenden Parliamentskommission der Gewerkschaften abzuwarten. Ferner wurde gemeldet, daß zwischen den Ministern und den Führern der Bergarbeiter informierende Besprechungen stattgefunden haben. Die Folge dieses Vorschlags an die Konferenz und dieser Beratungen der Minister mit den Bergarbeiterführern dürfte es sein, daß nach einer gestern am späten Abend eingehenden Meldung der Eisenbahnerstreik für die Dauer der Verhandlungen zwischen Regierung und Bergarbeitern auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist.

Damit ist indes zunächst nur Zeit gewonnen. Was bei den Verhandlungen herauskommt, bleibt abzuwarten. Die Erregung in der Arbeiterschaft kühlt sich, und die Zahl der Beteiligten am Streik wächst mit jeder Stunde. In Bradford sind gestern wiederum 13 000 Transportarbeiter in den Ausstand getreten, und der Arbeitsminister teilt mit, daß außer den Bergarbeitern noch über 300 000 Arbeiter gezwungen seien. In einzelnen Bergwerksdistrikten soll es zu Plünderungen und Zusammenstößen mit der Polizei gekommen sein, in anderen Bezirken sollen die Bergarbeiter mit der sofortigen Zurückziehung aller noch in den Gruben Arbeitenden einschließlich der Pumpenbedienungen gedroht haben. Diese Warnnachrichten sind jedoch auf ihre Richtigkeit nicht nachzuprüfen. Sicher ist indes, daß die gesamte Öffentlichkeit in stärkster Erregung versetzt ist, wozu die Maßnahmen der Regierung nicht zum wenigsten beitragen. So ist in allen Straßen Londons ein neuer Aufruf Lloyd Georges an die Bevölkerung angeschlagen. In diesem Aufruf fordert der englische Ministerpräsident das englische Volk auf, in den kritischen Tagen des großen Streiks zur Selbsthilfe zu greifen. Marshall Haigh hat gleichfalls einen Aufruf erlassen und fordert die ehemaligen Soldaten auf, der Regierung gegen die Streikenden behilflich zu sein und sich an den Unruhen nicht zu beteiligen.

Thomas Ashton, Führer der Bergarbeiter von Lancashire, erklärte in einem Interview, daß er der Ansicht sei, der Streik wäre gar nicht ausgedrohen, wenn es

von Lloyd George abhängig gewesen wäre, aber die einzelnen Mitglieder des Kabinetts hätten sich den Wünschen der Bergarbeiter entgegengesetzt. Falls nicht noch im Laufe dieser Woche die Verhandlungen mit den Arbeitern beginnen, wird es in der nächsten Woche bedeutend schwieriger sein, den Streik aufzuhalten, denn die Lage würde von Tag zu Tag schwieriger. Ashton versicherte noch, daß die Unterstützungsfonds der Arbeiter auf Monate ausreichen.

So ist die Situation trotz der Verschiebung des Eisenbahnerstreiks auf allerhöchsten Kampf gestellt. Es hat ganz den Anschein, als wollten die beiden Gegner einander nicht ausweichen. Der Arbeiterschaft in England gehört die wärmste Sympathie der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Je schärfer sich der Konflikt zuspitzt zu einem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Arbeiterschaft und Staatsgewalt, um so stärker werden im Falle eines Sieges der Arbeiter die politischen Auswirkungen des Streiks sein. Ein Erfolg der Bewegung wird auch den politischen Einfluß der englischen Arbeiterklasse vermehren, und nicht zuletzt dürfte der heftige Widerstand der bürgerlichen Gesellschaft zurückzuführen sein, denn in England stehen die Parliamentswahlen bevor, von denen man ohnehin einen starken Machtwort der Arbeiterbewegung bedenden Herzens erwartet. Ein Sieg der englischen Arbeiterschaft wäre somit ein Sieg des Weltproletariats, wenn es auch eine von völliger Unkenntnis der englischen Verhältnisse zugehende politisch naive Vorstellung ist, wenn kommunistische Organe in dieser Bewegung den Ausdruck einer unmittelbar wirkenden sozialistischen Revolution sehen wollen.

### Lloyd George über die Lage

Rotterdam, 23. Oktober.

Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erklärte Lloyd George mit Bezug auf den Bergarbeiterstreik einer Abordnung gegenüber, es könne innerhalb weniger Stunden Frieden sein. Die Lage könne sich jedoch auch zum größten Kampfe entwickeln, den England je durchgemacht habe. „Evening News“ meldet über die bisherige Wirkung des Streiks: die Verluste an Steinkohle für das Land betragen 2 500 000 Tonnen. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich auf insgesamt 1 650 000, der Gesamtverlust an Löhnen auf 3 255 000 Pfund Sterling.

### Internationale Solidarität

Amsterdam, 23. Oktober.

„Algemeen Handelsblad“ meldet, daß die Leitung des Internationalen Transportarbeiterverbandes in ihrer diese Woche in Amsterdam abgehaltenen Versammlung beschlossen hat, unter Mitwirkung der Transportarbeiterorganisationen von England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland, die für eine eventuelle internationale Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter notwendigen Maßnahmen zu treffen.

### Das Echo

Der Aufruf zum Kampfe für die Sozialisierung des Bergbaues hat in der bürgerlichen Presse ein lautes Echo erweckt. Das ist natürlich. In dieser Frage steht die ganze Bourgeoisie geschlossen zusammen. Sie weiß, daß es um eine entscheidende Stellung im Klassenkampf geht. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die bürgerliche Presse sofort Alarm schlägt. Auch das ist nichts Besonderes, daß gerade „demokratische“ Zeitungen die lautesten Rufes im Streik sind. Ist doch gerade die demokratische Partei diejenige, die ununterbrochen gegen jede Einschränkung der kapitalistischen Wirtschaft ankämpft und am liebsten die alte Herrlichkeit kapitalistischer Ungebundenheit wiederherstellen möchte.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß der „Vorwärts“ über die Aufforderung unserer Partei, im Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues die gesamte Kräfte der Arbeiterschaft zu sammeln und sie geschlossen in den Klassenkampf um die proletarische Machterweiterung zu führen, sehr ungehalten ist. Der „Vorwärts“ hat zur Frage der Sozialisierung eine sehr zweifelhafte Stellung eingenommen, er hat das Stiefkind der Wissenschaften Planwirtschaft geritten und schien nicht über Luft zu haben, in der verächtlichsten Teilsozialisierung die richtige Lösung zu sehen. Nun hat der Kasseler Parteitag sich zwar für die Vollsozialisierung erklärt, der „Vorwärts“ benutzte aber die erste Gelegenheit, um den Kampf zu sabotieren und unseren Aufruf zur Aktion als eine Art Konkurrenzmanöver zu verdächtigen. Diese Verleumdung ist zunächst damit zu widerlegen, daß wir bereits seit Monaten entschlossen waren in dem Moment, wo die Frage

der Kohlenwirtschaft vor die Geschöpfung kommen würde, eine Massenaktion einzuleiten. Natürlich besteht diese Aktion nicht in der Einbringung des Gesehntwurfs. Wir haben vielmehr deutlich erklärt, daß dies nur das Signal sei, um alle Arbeiterorganisationen aufzufordern, in den Kampf einzutreten. Die großen Vertretungen der organisierten Arbeiter, zuletzt nach der Betriebsrätekonferenz, haben sich für die Vollsozialisierung des Bergbaues erklärt. Jetzt gilt es zu zeigen, daß hinter dieser Erklärung der entschlossene Wille der Arbeiterklasse steht, das Ziel durchzusetzen. Scheuen die Rechtssozialisten den Kampf, so werden sie erleben müssen, daß die Massen, die endlich einen Anfang sehen wollen, der Partei folgen werden, die diesen Kampf zu führen wissen wird.

### Die Lage im Osten

Moskau, 23. Oktober.

Operationsbericht der russischen Sowjet-Republik vom 21. Oktober.

An der Befesa, in den Abschnitten Rinsk und Sluzk vollziehen unsere Truppen Umgruppierungen zwecks Befestigung der laut Friedensvertrag bestimmten Linie.

Nordöstlich Sluzk unternahm der Feind am 19. Oktober, 6 Uhr abends, einen Ausfall gegen unsere Truppen und zwang sie zum Rückzuge.

Südfront: Im Abschnitt der Eisenbahnstation Sinesnikowo führte der Feind unter Deckung von vier Panzerzügen einen Angriff auf die Station Sinesnikowo aus. Der Angriff wurde zurückgeschlagen und der Feind zum Rückzuge gezwungen.

## Die Wahlen in Deutschösterreich

Von Julius Braunthal, Wien.

Der Wahlkampf, der mit ungeheurer Erbitterung geführt wurde, endete mit einer Behauptung des Bestandes der Sozialdemokratie. Die vorhergehenden Wahlen im Jahre 1919, dreieinhalb Monate nach dem Zusammenbruch der Monarchie, trieben die ungeheuren Massen der über den Krieg, die Kriegseiden und das alte System Empörten in das Lager der Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie war verzweifelt und überließ der Sozialdemokratie widerspruchslos die Führung der Republik. Die Wahlbedingungen waren damals für die Sozialdemokratie die allerbesten; sie ging als die stärkste Partei aus dem Wahlkampfe hervor. Einem Jahre lagen in den Händen der Sozialdemokratie die Geschicke der Republik. Ein ausgebeutetes, verarmtes Land, eine zerstörte Volkswirtschaft, völlig gerüttelte Finanzen, ein Riesenheer von Arbeitslosen, ein wirtschaftliches und soziales Chaos sondergleichen — das war die Erbschaft, die die Sozialdemokratie übernahm. In rastloser Arbeit, mit übermenschlicher Hingabe versuchte die Sozialdemokratie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch der Republik zu erwehren und sie gegen die innere und äußere Konterrevolution zu schützen. Dies gelang ihr. Aber ihr Handeln war nicht frei. Denn mit ihr saßen die Christlichsozialen in der Regierung, die geheimen Feinde der Republik, die den Aufbau der Republik zu hindern suchten und sich der Verantwortung für die Regierung zu entziehen wußten. Die ungeheure Wirtschaftsnote, ein Erbteil des Krieges und des Zerfalls eines großen Wirtschaftsgebietes lastete vor allem auf der sozialdemokratischen Partei.

Die Reaktion glaubte nun, die Sozialdemokratie niederwerfen zu können. Die Millionen Horthys, die Millionen aus Pragaus, die Millionen des Finanzkapitals wollten, um die Sozialdemokratie zu diskreditieren. Die ganze bürgerliche Presse stand in dem Dienst der Reaktion. Der Nachweis der „Arbeiterzeitung“, daß die Christlichsozialen bezahlte Agenten Horthys seien, wurde von der bürgerlichen Journalistik einfach totgeschwiegen. Ein Verleumdungsflugblatt, das bestenfalls an die amerikanische Pinkertonpresse herantreibt, wurde gegen die Sozialdemokratie geflügelt. Zu dem Bestreben, sie zu zerschmettern, gesellten sich die Kommunisten, die die sozialdemokratischen Führer als Verräter an dem Proletariat brandmarkten. So hatte die Sozialdemokratie einem ungeheuren Ansturm von rechts und links standhalten zu müssen. Und sie hielt ihm stand. Bis auf sieben Mandate behauptete sie alle ihre Parlamentssitze; als zweitgrößte Partei zählte sie in die Nationalversammlung ein. Die Bedeutung der Wahlen für die Sozialdemokratie wird durch den Umstand erst klar, daß die Million Wähler, die am 17. Oktober für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben hat, treue und überzeugte Kämpfer ihrer Sache sind.

Sieger im Wahlkampf ist die christlichsoziale Partei. Diese Partei, belastet mit der Schuld an dem Kriege, belastet mit dem Verrat an der Republik, belastet mit der Aufgabe, im Golde Horthy-Ungarns zu wirken, vereinte alle Massen um sich, die wider den Sozialismus kämpften. Als kulturellen und sozialen Gegensatz innerhalb des Bürgerturns versanken in der unterschiedslosen Masse der Reaktion, die in der christlichsozialen Partei ihren Ausdruck findet. Die Sozialdemokratie verlor an die Christlichsozialen sieben Parlamentssitze, das sogenannte freisinnige, deutsch-, jüdisch- und tschechomährische Bürgerturn nicht weniger als acht Mandate. Die Christlichsozialen werden mit 86 Abgeordneten, die Sozialdemokraten mit 66 und das gesamte übrige Bürgerturn einschließlich der Bauernpartei mit 19 Abgeordneten in das Parlament einziehen. Schon haben die Christlichsozialen alle Schichten der Bevölkerung, die reaktionär gesinnt sind, in sich aufgelesen. Es gibt — von einer dünnen Schicht abgesehen — kein demokratisches Bürgertum in Österreich. Alles, was nicht sozialistisch ist, ist reaktionär und findet in der christlichsozialen Partei seine Vertretung.

Hat der Wahlkampf die Arbeiterklasse von der Illusion eines demokratischen Bürgerturns befreit, so hat das Ergebnis der kommunistischen Wähler den Nachweis erbracht, daß das Proletariat geschlossen im Lager der Sozialdemokratie steht. Das Wahlergebnis ist für die Kommunisten niederschmetternd. In Wien, bei einer Wählerzahl von einer Million Wählern, haben sie nicht mehr als 14 000 Stimmen auf ihre Liste vereinigt, in ganz Deutschösterreich nicht mehr als 30 000 Stimmen. In den Industriebezirken Wiener Neustadt und Floridsdorf, in denen sie zumindest ein Mandat zu holen hofften, haben sie auf ihre Liste kaum eine ansehnliche Minorität vereinigt. Der Scheitern der Illusion von der machtvollen Größe der kommunistischen Bewegung ist gerissen. Die kommunistische Partei vereint nur ein kleines bedingungsloses und durchaus unmaßgebliches Häufchen von Anhängern. Die Einheit der Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie ihre Vertretung hat, ist ungebrochen und macht alle die Hoffnungen der Kommunisten und ihrer impulsiven Abieger in der

sozialdemokratischen Partei, den sogenannten „Linken“, zugehörig. Die Leute der breiten Massen des Proletariats zur alten sozialdemokratischen Partei, die sie durch drei Jahrzehnte von Sieg zu Sieg geführt, ist unerschütterlich und das Wahlergebnis bürgt dafür, daß es dabei bleibt.

Die Mehrheit der Wählerschaft hat den bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Parlamentssitze gegeben. Es liegt nun an dem Bürgertum, die Verantwortung für die Staatsgeschichte zu tragen. Die Sozialdemokratie muß es ablehnen, mit den Christlichsozialen in eine Koalition zu gehen, die im Bunde mit Hohenzollern und die Wiederaufrichtung der Monarchie erstreben. Die Sozialdemokratie ist mächtig genug aus den Wahlen hervorgegangen, um jedem Reaktionsversuch kraftvoll zu begegnen. Die Bourgeoisie stellt eine tragfähige Regierungsmehrheit dar, sie allein soll auch die Sorgen um diesen Staat tragen. Wir aber wollen die Hunderttausende, die uns seit der Revolution angefüllt sind, die unsere Gewerkschaftsabteilungen, die sich unseren Parteiorganisationen eingegliedert haben, auch nun erst gewinnen. Unsere besten Kräfte waren während der letzten zwei Jahre schamgeleitet, sie waren vor den Staatskassen gespannt, bedrückt von der Last der Staatsgeschäfte. Sie werden nun frei und können sich der politischen Gewinnung der Massen zuwenden. Ein heiliges Antlitz geht durch die Partei. Endlich wird sie sich aufrichten können und Kraft gewinnen zu den großen Kämpfen, die ihrer noch harren.

## Das weite Gewissen

### Angenügende Aufklärung über die Bestechungen im Ernährungsministerium

Zu dem Augustin-Skandal im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird durch Wolffs Bureau eine offizielle Charakter tragende Mitteilung verbreitet. Da heißt es zunächst:

In Mai 1920 wurden dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von zuverlässiger Seite folgende Mitteilungen gemacht:

Ein Geschäftsführer der Ackerbaugesellschaft habe dem Dr. Augustin bezüglich der Laufe von dessen jüngstem Kinde ein Geschenk von 1000 Mark gemacht; außerdem sei aus Mitteln der Ackerbaugesellschaft an Dr. Augustin ein Betrag von 2000 Mk. überwiesen worden. Diese Zusammenhänge seien im Hinblick darauf erfolgt, daß Dr. Augustin sich in seiner amtlichen Stellung zugunsten der Ackerbaugesellschaft für die Bewilligung eines von dieser gestellten Antrages auf Einfuhr von Bindegarn für die Landwirtschaft eingesetzt und dadurch die Erzielung der Einfuhrerlaubnis herbeigeführt habe.

Zur Zeit dieser Mitteilungen an das Ministerium befand sich Dr. Augustin auf Urlaub, so daß ein Befehl erst nach seiner Rückkehr stattfand. Den Empfang des Geschenkes von 1000 Mk. gab er ohne weiteres zu, bezeichnete die Angelegenheit aber als völlig harmlos, da es sich nur um ein familiäres Geschenk des alten Freundes seiner Familie Dr. Blod handelte. Von der Zusammenkunft von 2000 Mk. wollte er nichts wissen. Die Begünstigung der Einfuhr von Bindegarn gab er ebenfalls zu, aber sein Verhalten sei in diesem Falle lediglich durch geschäftliche Erwägungen bestimmt gewesen. Im folgenden Morgen machte jedoch Augustin anstandslos die dienstliche Mitteilung, er habe jetzt von seiner Frau erfahren, daß dieser ohne sein Wissen auf ihr Konto bei ihrer Bank tatsächlich ein Betrag von 2000 Mark aus Mitteln der Ackerbau-Gesellschaft seitens des Dr. Blod überwiesen worden ist.

Dazu wird nun bemerkt, daß falls die Angaben Augustins richtig waren, der Tatbestand einer Beamtenbestechung überhaupt nicht vorlag. Wörtlich heißt es in der offiziellen Erklärung:

„Es blieb nur eine mit der Stellung eines Beamten kaum zu vereinbarende Annahme geheimer Geschenke von einer Seite übrig, mit der der Beamte auch in dienstlicher Verkehr stand.“

Das ist natürlich allererstes Gerede. Wenn sich die Ansprüche an die Rechtfertigung der Beamten in so weit hergehenden Bahnen bewegen, dann wird es jedem möglich sein, Beschuldigungen in einer Form in Empfang zu nehmen, die es verständnisvollen Vorgesetzten jederzeit gehalten wird, den Tatbestand der Beamtenbestechung als nicht vorliegend anzusehen. Die Behandlung eines der Beschuldigten Beamten hängt dann stets ab von dem größeren oder geringeren Wohlwollen des Vorgesetzten, womit der militärischen Behandlung der Beamten ebenso wie der indirekten Teilnahme und Mitschuld der zur Bewusstlosigkeit beruhenden höheren Beamten Tür und Tor geöffnet ist. In allem Ueberflusse aber wird in der offiziellen Erklärung nicht gelagt, ob man die von Augustin gegebene Darstellung auf ihre Richtigkeit geprüft hat. Es hat den Anschein, als habe man sich mit der Aussage des Angeklagten einfach zufrieden gegeben und sie auf sein eheliches Gesicht hin als richtig anerkannt. Immerhin gelangte man zu der Auffassung, daß auch in diesem Falle die Rücksicht auf das Ansehen der Behörde das Ausschneiden des Beamten erforderlich mache.

Zu der Erklärung des Wolffschen Bureaus folgt dann eine lange juristische Auseinandersetzung über die für diesen Fall passende Form des Ausscheidens des Herrn mit der hohlen Hand. Auch hieraus geht hervor, daß man äußerste Milde walten ließ.

Die gegen Herzmes erhobene Anschuldigung, er habe Augustin trotz des Bekanntwerdens seiner Verflechtungen gehalten, wird in der Erklärung abgestritten. Ebenso soll es „frei erfunden“ sein, daß der Staatssekretär Dr. Huber bereits vor dem Antritt des Schulungsurlaubes Augustins im Mai 1920 von der diesem zur Last gelegten Verflechtung Kenntnis erhalten hat.

Dazu werden sich noch diejenigen zu äußern haben, die die Anklage gegen das Ernährungsministerium zuerst erhoben haben. Aber die selbst nach dieser offiziellen Erklärung sehr merkwürdig aussehende, außerordentlich rätselhaftvolle, um es gelinde auszudrücken, Art der Behandlung des Falles erweckt schon den Eindruck, als wenn Herr Dr. Augustin nicht mit seiner rätselhaften überhöhten Beamten verfahren hätte, wenn nicht wie wir schon andeuteten, die gesamte Beamtenchaft durch ein solches Verhalten der vorgehenden Stellen geradezu ermuntert werden soll, ihren Einfluß zu ihrer persönlichen Bereicherung auszunutzen. Wir haben nicht den Eindruck, als wenn durch diese Mitteilung des Wolffschen Bureaus das letzte Wort zum Fall Augustin oder, was richtiger sein dürfte, zum Fall des Reichsernährungsministeriums gesprochen worden ist.

Drohendes Metallarbeiterstreik im Saargebiet. Bahnverhandlungen in der Glasindustrie sind gescheitert. Da sich die Arbeiter des Metallgewerbes mit den Glasarbeitern solidarisch erklärt haben, droht nunmehr auch ein Ausbruch im Metall-

## Reaktionärer Vorstoß gegen die Sozialisierung

Im bayerischen Staatshaushaltsausschuß erklärten bei der Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung der Finanzminister Krausened und Generaldirektor Kläiber, daß eine Sozialisierung der Bergwerke im gegenwärtigen Augenblick zu einer Katastrophe des bayerischen Wirtschaftslebens führen würde. Die Forderungen, die bisher mit den sozialisierten Betrieben des Reiches gemacht wurden, seien nicht günstig. Das Ziel der Beschäftigung würde durch den benötigten Riesenapparat nicht erreicht. Es sei zwar richtig, wenn der Staat einen gewissen Teil der Naturkräfte selbst anbaue, aber alle Bodenschätze selbst zu betriebsfähig zu machen, würde zu weit führen. Das Privatkapital sollte man nicht ganz ausschalten, denn seine Mitwirkung bedeute Wettbewerb und damit Fortschritt.

Dah man bei der bayerischen Regierung, dieser Vorhut der deutschen Reaktion, keine Vorliebe für die Sozialisierung zu erwarten hat, ist klar. Daß man sich aber mit den politischen Gemeinigkeiten um die mögliche Frage der Wirtschaftspolitik herumdrückt, beweist nur, daß man einfach nicht gewillt ist, an dem bestehenden Zustand wirklich einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Politische Reaktion bedeutet eben wirtschaftliche Reaktion. Daraus erhellt, daß eine neue Wirtschaftspolitik nur im härtesten politischen Kampfe der Arbeiter gegen die beschriebenen Klassen geschaffen werden kann. Die Reaktionen in Bayern werden ebenso wie ihre Gesinnungsgenossen in den übrigen Reichsteilen sehr bald diesen Kampf der Arbeiter um die Sozialisierung zu hundert beikommen.

## Die Vermissten der Armen

### 45000 Schwerverletzte in den Lazaretten

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik erklärt folgenden Aufruf:

„Seit beinahe zwei Jahren ruhen die Waffen und noch immer liegen ungefähr 45000 Schwerverletzte in den Lazaretten. Manche von ihnen sind bereits seit 1911 Soldaten. Nicht wenige wurden schon im September 1914 auf ihr Schmerzenslager geworfen. Viele haben 20 bis 30 Operationen hinter sich. Anderen wird noch auf Jahre hinaus das Lazarett die Heimat sein. Allen diesen Männern geht es, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, material sehr schlecht. Ihre Gehaltsätze sind unzureichend. Ihre Sachen sind heruntergewirtschaftet. Ihre Angehörigen trotz staatlicher Unterstützung oft in bitterer Verhängnis. In den körperlichen Schmerzen dieser selbsterhaltenen Dulder gleißelt sich die Sorge um die Zukunft. Wir alle, die wir uns der Gesundheit erfreuen dürfen, sollten ohne Ausnahme mit dazu beitragen, daß die unglückliche schwere Bürde, die auf den Schultern dieser früheren Feldzugsteilnehmer ruht, so erträglich wie möglich gemacht werde. Das Weihnachtsfest naht. Helfen wir diesen Männern den Weihnachtsabend. Zu diesem Zweck schlägt die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik sämtlichen Organisationen, Verbänden, Vereinen, Parteien, Truppenkörpern und Rehabilitationen sowie allen Einzelpersönlichkeiten, die ein Herz für die Schmerzen und Sorgen dieser unglücklichen Kriegsgespielen haben, vor, Sammlungen in ihrem Bereich zu organisieren und zu veranstalten und deren Betrag noch vor Weihnachten an die Lazarett abzuführen.“

Wir haben an diesem Aufruf nichts anzusehen und wünschen, daß recht viele Gebelustige sich an der Sammlung beteiligen mögen. Für den Staat ist der Aufruf freilich eine unerhörte Blamage. Denn nicht der privaten Wohltätigkeit, sondern ihm liegt es ob, für die Opfer des Krieges zu sorgen. Es brauchte nur mit den vielen Forderungenstellen in der Reichswehr aufgeräumt zu werden und es wären sofort Millionen frei für die Versorgung der Kriegsgespielen.

## 640 Millionen Mark für Kriegsunterstützungen

### Für Krüppel und Hinterbliebene . . . ?

Unter den vielen Milliarden, die der Krieg verschlang, befinden sich auch 639 123 328 Mark, die für Kriegsunterstützungen angewendet werden mußten, obwohl diese Unterstützung im Einzelnen durchwegs unzulänglich waren. Ausgezahlt wurde die vorgenannte Summe für die Zeit vom August 1914 bis Juli 1920. Aus Reichsmitteln wurden geleistet 232 538 639 Mark, aus bayerischen Mitteln 221 589 445 Mark. Der Gemeinderatsschlag auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 2. November 1917 und vom 28. September 1918 betrug 57 522 418 Mark. Er wird zur Hälfte vom Reich erstattet. Eine besondere Beihilfe sind 2 850 026 Mark aus bayerischen Mitteln und 1 239 615 Mark aus Sammlungsmiteln in der Gesamtsumme enthalten. Ferner 8 288 345 Mark Zuschuß für kriegsbedingte Arbeiter, 91 697 104 Mark Mietsbeihilfe, sowie 948 972 Mark Anlagensunterstützungen. Dazu kommen die Anstalten, die an Kriegsgeschädigte und Hinterbliebene Gefallenerechtigten werden müssen. In allen diesen Zahlen offenbar sich wieder einmal die Strafflosigkeit der Kriegsverbrecher, die weder durch die Not der Kriegserkrankten noch durch das Elend der Kriegstruppen und Kriegshinterbliebenen von ihrer Banquetpolitik sich abhalten ließen.

## Auch eine Folgeerscheinung des Stahlbades

Der Reichsminister der Finanzen legt dem Reichstage eine Denkschrift vor, die unferwillig einmal mehr die Wirkungen des großen Stahlbades auf breite Volksteile beleuchtet. Diese Denkschrift, deren materieller Teil wohl noch im Reichstage durch unsere Reaktionen behandelt werden wird, weist auf die großen Gefahren hin, die heute mit dem Beruf der Grenzwächter verbunden sind, und verlangt, die besondern Zusammenhänge, die den Grenzwächtern heute durch die Regierung gemacht werden, zu revidieren. Die amtliche Darstellung des heutigen Schmuggelbetriebes in den Grenzbezirken stellt sich geradezu wie eine phantastische, irreführende Schilderung echt mexikanischen Vandalenlebens. Es heißt darin wörtlich:

„In neuester Zeit sind die Anforderungen an manchen Grenzstreifen, insbesondere an der Seezölle und an der holländischen Grenze, in einer Weise verschärft worden, wie früher kaum jemals gedacht werden konnte. Die Schmuggler, Kriegsgefahr und zum Teil bewaffnet, treten in Massen von Tausenden von Personen auf und unter Bildung von Bänden von 100 Mann und mehr. Aus der militärischen Durchbildung des Volkes ergibt sich von selbst ohne besondere Vorbereitung dieser aufstrebenden Massen häufig das Bild einer kriegsmäßig marschierenden Truppe mit Vorhut, Seitenbedeckung und Nachhut. Kabfahrerpatrouillen führen auf, Tausende durchkäubern das Gelände und sichern die Transporte; das Signal- und Nachrichtenwesen funktioniert musterhaft.“

Waher sind ja über dieses Schmuggelwesen in den Grenzbezirken allerhand Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, aber man war versucht, sie immer für die Liebertreibungen eines phantastischen Journalisten zu halten. All diese Darlegungen werden aber

durch den amtlichen Bericht weit übertroffen, wobei als besonders merkwürdiges Eingeständnis zu beachten ist, daß diese Erscheinung in der Hauptsache auf die „militärische Durchbildung“ zurückgeführt wird. Wohlleicht denkt die „Deutsche Tageszeitung“, die eben erst anlässlich des Geburtstages der Kaiserin behauptet, erst die Soldaten hätten das deutsche Volk zu seiner Wildheit emporgelöhrt, über diesen amtlich festgestellten unglücklichen Zusammenhang etwas nach.

## Der harmlose Escherich

Herr Escherich, der oberste Kriegsherr der Dreyfuß und Kommandeur der Marinebrigade in Deutschland, hat sich interviewen lassen. Um das „militärlich gegen ihn und seine Mitarbeiter verbreitete Mißtrauen“ zu zerstreuen, hat er sich als einen überaus friedlich gesonnenen Mann hingestellt, der einsehe, daß es weder seine noch seiner Organisation Aufgabe wäre, in verfassungswidrlichen Fragen eine richtunggebende Stellung einzunehmen. Wir sind allerdings der Überzeugung, daß Herr Escherich selbstverständlich keine richtunggebenden Ideen besitzt und sie deshalb durch eine möglichst große Zahl möglichst gut bewaffneter Soldaten erfüllt. Aber wir können uns von seiner Harmlosigkeit nicht so ganz überzeugen, auch nicht, obwohl Sinowjew ihn das Zeugnis ausgestellt hat, daß er und seine Schützlinge der Arbeiterbewegung weniger gefährlich seien als die Gewerkschaften.

## Eine Null

Das Reichswehrministerium erklärte wiederholt kategorisch, daß die Marinebrigade Escherich aufgelöst worden sei. Jetzt veröffentlicht diese Brigade in der „Kreuzzeitung“ einen Aufschreibezug an den verdienten Korvettenkapitän Escherich. Das heißt also: Die Marinebrigade II existiert noch, nur Herr Escherich ist gegangen, oder vielmehr: in Gnadens entlassen worden, denn in dem Aufschreibezug heißt es ausdrücklich, daß Escherich „unter Vorbehalt der gesetzlichen Pensionsansprüche“ verabschiedet worden sei. Escherich, der soviel Ehrd über sein Land gebracht hat, bekommt also zum Dank dafür noch ein Ruhegehalt aus den Taschen der Steuerzahler.

Dieses Komödientenspiel ist nur möglich, weil an der Spitze des Reichswehrministeriums eine politische Null steht und weil das deutsche Parlament nicht den Mut aufbringt, diese Null wieder auf seinen Bürgerwehrturmen zurückzuführen.

## Was geht an der Ostgrenze vor?

Aus Sialingpore wird uns geschrieben: Seit einigen Tagen wird die sogenannte „graue Grenze“, d. h. die Grenze an der östlichen Seite von zahlreichen Personen überschritten, die sich in Litauen gegen Polen anwerben lassen. Auf dem Bahnhof Ribariz hatten sich 4. bis zum 18. Oktober mehrere Hundert solcher Heberläufer angelagert, die mittels Extrazuges in der Richtung nach Kowno abtransportiert worden sind. Ob es, wie vielfach behauptet wird, zutrifft, daß geflohenen deutsche Formationen mit voller Ausrüstung, Geschützen, Werkzeugen usw. die Grenze nach Litauen überschritten haben, konnte bisher nicht einwandfrei festgestellt werden. Es ist aber nachweisbar, daß größter Trupp in Litau unter Führung von Personen, die mit „Herr Pentani“ angedeutet worden sind, auf dem Bahnwege zur deutsch-litauischen Grenze gelangten. Weiterhin ist es Tatsache, daß hier selbst Material wie Kolonnenwagen, Transporthelfer u. a. Heresperit per Eisenbahn anlangt. Es liegt die Vermutung nahe, daß dieses Gerät ebenfalls über die Grenze geschoben wird. Es ist ebenfalls auffällig, daß die nachrückenden Truppen in Litau Pakete bei sich führen, die ihrer Schwere nach als Munitionspakete anzusehen sind. Im Übrigen sollen Eisenbahnmanipulationsarbeiten unterbrochen sein, die normalerweise am Dienstag, den 19. d. Mts., hier einströmen werden.

Das Selbstverteidigungsgesetz auf dem Fall der deutschen Restitutions. Soll etwa der Konflikt zwischen Litauen und Polen für gewisse Kreise zum Vorwand dienen, in Litauen eine weiche Grenze anzuführen, die über kurz oder lang zu reaktionären Hochschüssen notwendig wird?

## Geheimnistuerei im Reichswirtschaftsrat

Im Nachrichtenblatt des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (christlich-nationale Richtung) regt sich ein Herr Thissen über den Sitzungsbetrieb auf, den „Der freie Arbeiter“ von den Septemberverhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat veröffentlicht hatte. Wir finden es durchaus richtig, daß die Verhandlungsorgane der IFA endlich die Geheimnistuerei der Ausschüsse durchbrochen und mit einem kritisch gehaltenen Bericht in die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses hineingeleuchtet haben. Wenn dabei einige Ungehörigkeiten über Reichsfertigkeit in der Berichtserstattung zutage kamen und selbst getroffen aufschrien, so wird das hoffentlich die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter nicht abhalten, auch fernerhin über ihre Tätigkeit im Reichswirtschaftsrat in der Gewerkschaftspresse Aufschluß zu geben.

Darüber hinaus muß verlangt werden, daß die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates die Tagespresse zu ihren Verhandlungen zuziehen. Wir haben diese Handlung bisher vermist und erwarten, daß der Vorstand des Reichswirtschaftsrates oder die nächste Plenarsitzung das beschließt.

## Der Kleinhandel für die Wucherfreiheit

Um die einzelnen Käufer vor willkürlicher Ausweitung durch gewissenlose Kaufleute zu schützen, ist während des Krieges durch Verordnung bestimmt worden, daß die Preise für die festgesetzten Waren an sichbarer Stelle ausgehängt werden müssen. Diese Bestimmung besteht auch jetzt noch. Ihre Aufrechterhaltung ist dringend notwendig, weil es außerordentlich viele Kaufleute zu geben scheint, die trotz der Kataloge der Preise die Möglichkeit haben, wucherische Preise zu erheben. Um diesen Geplänkel das Handwerk zu erschweren, soll in die Vorschriften über den Preisausgang verhängt und den Preisprüfungsstellen erweiterte Befugnisse gegeben werden.

Obwohl gegen diese Bestimmung diejenigen Kaufleute, die nicht zu wuchern beabsichtigen, eigentlich keinerlei Einwendungen erheben könnten, hat der Kleinhandelsausschuß des deutschen Industrie- und Handelskongresses sehr eine Erklärung veröffentlicht, in der er gegen die Bestimmungen, den Preisprüfungsstellen erweiterte Befugnisse zu geben und die Vorschriften über den Preisausgang zu verschärfen, Einspruch erhebt.

Diese offizielle Körperhaftigkeit des Kleinhandels breitet also ihre schädliche Hand aber die Wucherer. Das darf aber nicht hindern, daß die Schutzbestimmungen für die Konsumenten mit aller Schärfe durchgeführt werden.

# Die Betriebsstillegungen

## Ausschussjuris des Reichswirtschaftsrats

Der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelten in gemeinsamer Sitzung die bereits von einem Unterausschuss herabete Verordnungen über Maßnahmen gegenüber Betriebsstillegungen und Betriebsstillegungen.

Die Verordnung bestimmt für gewerbliche und Verkehrsberufe mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht der beabsichtigten Betriebsstillegung oder den Abbruch von Betrieben, wenn dadurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verringert wird oder Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen, falls dadurch bei weniger als 200 Arbeitern 10 Arbeiter, bei mindestens 200 Arbeitern 5 Prozent, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. Eine Betriebsänderung darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisationsbehörde, die gegebenenfalls zur Beschlagnahme und Entschädigung gegen Entschädigung selbst nicht vorgenommen werden. Die Verordnung bedroht Zuwiderhandlungen mit Geldstrafen bis zu 100.000 Mark und Gefängnis bis zu einem Jahr.

Prof. Dr. Hertner, Berlin, teilte mit, daß der Unterausschuss mit allen gegen eine Stimme Befürwortung von Maßnahmen gegen die Betriebsstillegungen empfohlen hat.

Der Vertreter des Großhandels, Herr Reinath, der sich im Reichswirtschaftsrat mehrfach als Sachverständiger bemerkbar gemacht hat, fuhr auch hier scharfes Geschloß auf, indem er damit drohte, die Industrie werde zu Ausperrungen schreiten, wenn sie durch die beabsichtigte Verordnung benachteiligt werden sollte. Wisseil und Reichsarbeitsminister Brauns suchten den Mann zu beruhigen. Der erste meint, die Verordnung sei schon zur Beruhigung der Arbeiterschaft nötig, womit er wohl nicht gelogen haben will, doch zur Beruhigung der Arbeiterschaft ohne auf dem Papier stehende Verordnung genügt. Wir erwarten, daß die Verordnung, wenn sie im Plenum und im Reichstag beschlossen werden sollte, sogar in schärfer Weise Anwendung findet, etwa so, wie man gegen Arbeiter gerichtete Verordnungen anzuwenden pflegt.

Abg. Schweitzer (Bund der technischen Angestellten) erkennt die Verordnung als ein Mittel für die größere Rationalisierung der Technik an. Der Demobilisationskommissar müßte es ja bei seinen Entscheidungen der Sachverständigen bedienen. Die Mansfelder Kupferhütte bauende Gesellschaft habe mit einer Betriebsstillegung gedroht, weil sie ein Sinken der Kupferpreise verhindern wolle. Der Redner wendet sich gegen die Drohung mit Ausperrungen und weist darauf hin, daß beim Kampf um das Betriebsrätegesetz ein Ausschloß des Reichsverbandes der Industrie sogar die Stilllegung der gesamten Industrie erzwingen hat.

Nach einer weiteren Debatte, in der v. Borzsig den Darstellungen Schweitzers widerspricht, ohne sie indes widerlegen zu können, und in der Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium empfiehlt, zunächst der Verordnung zuzustimmen und ihre Wirkung abzuwarten, den von Reinath vorgeschlagenen längeren Weg der Gesetzbildung aber jetzt nicht zu gehen, erklärt der Abg. a. Siemens im Namen der Arbeiter die Zustimmung zu der Verordnung unter der Voraussetzung, daß folgende Änderungen vorgenommen werden: Dem § 5, nach dem die Verordnung keine Anwendung findet, wenn die Maßnahmen in den Betrieben auf Anordnung oder mit Zustimmung einer zuständigen Behörde erfolgen, soll hinzugefügt werden: „oder wenn nachweislich Mangan, Kohle, Betriebsstoffe und Rohstoffe trotz rechtzeitiger Besorgung des Betriebes vorliegt.“ Ferner wird der Zusatz verlangt: „Wirtschaftliche Maßnahmen im Verlauf von Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Sinne dieser Verordnung.“

Abg. Schweitzer stimmt diesen Vorschlägen im Namen der Arbeitnehmer zu.

Darauf erfolgt die Annahme der Verordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen in einer Gesamtstimmung einstimmig.

# Diktatorische „Vertagung“ der Danziger Kammer

Der englische Oberst Strutt hat die verfassunggebende Versammlung in Danzig kurzerhand diktatorisch vertagt. Er begründet diese Gewaltmaßnahme mit Vorwissen am 20. Oktober. An diesem Tage wurde aus Anlaß eines Zusammenstoßes der Rechte mit einem rechtssozialistischen Abgeordneten bei der Beratung des Richterwahlgesezes vom Präsidenten des Danziger Landgerichts dem Schriftführer eine schriftlich formulierte Erklärung übergeben, die der Genosse Rau diesem, bevor er sie verlesen konnte, entziffert und zerstückelt. Strutt erklärte, dem Präsidenten der verfassunggebenden Versammlung bleibe es überlassen, im Einverständnis mit ihm die Versammlung wieder einzuberufen, wenn es nötig sein werde. Ueber die Notwendigkeit entscheidet natürlich Strutt, der persönlich auf dem Standpunkt steht, die verfassunggebende Versammlung habe die ihr zugewiesenen Obliegenheiten erledigt. Es kommt also ganz darauf an, was er für Weisungen aus Paris oder London erhält.

Bemerkenswert ist, daß die Rechte von den Deutschnationalen bis zu den Deutschdemokraten demonstrativ und feindselig erklärten den Saal verlassen, während unsere Genossen zu protestierendem Verbleiben und Weiterarbeiten aufforderten. Die Berliner nationalsozialistische Presse sucht natürlich den Eindruck des Einverständnisses oder gar der Arbeiterschaft des Eingetretens Strutt zu verwischen, magt es jedoch nicht, gegen die in dieser Beziehung erhabenen Vorwürfe energisch Stellung zu nehmen, obwohl Genosse Rau die Rechte in aller Form beschuldigt hatte, sich mit der alliierten Verwaltung in Verbindung gesetzt und mit Hilfe des Vertreters des Oberkommissars versucht zu haben, das Haus arbeitsunfähig zu machen.

# Die Danziger Konvention

Danzig, 23. Oktober.

Durch Beschluß der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober ist die Unterzeichnung der Konvention zwischen dem Freien Staat Danzig und Polen auf Sonnabend nachmittags 6 Uhr angelegt. Zugleich soll zur Unterzeichnung der Bestimmung getroffen werden, welche die Stadt Danzig als freien Staat konstituiert. Aus der Konvention zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, deren endgültiger Text am 18. Oktober festgelegt worden ist, seien folgende Einzelheiten entnommen:

Die polnische Regierung, die einen diplomatischen Vertreter mit dem Sitz in Danzig bestimmt, erhält die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, sowie den Schutz der Staatsangehörigen Danzigs in den fremden Ländern. Polen darf keinen internationalen Vertrag, der die Freie Stadt Danzig interessiert, schließen, ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt Danzig. Der vom Völkerbund einzuschickende Oberkommissar kann jedem internationalen Vertrag sein Veto entgegensetzen, soweit er die Freie Stadt Danzig betrifft, wenn der Völkerbundrat glaubt, daß er dem Status der Freien Stadt widerspricht. Danzig darf nur nach vorheriger Beratung mit der polnischen Regierung ausländische Anleihen aufnehmen. Die Freie Stadt Danzig wird in das Gebiet der Zollgrenze Polens aufgenommen und bildet mit Polen ein einziges Zollgebiet, das der polnischen Zollgesetzgebung und dem polnischen Tarif unterworfen ist. Der Danziger Freihafen wird aufrechterhalten. Es sollen, soweit möglich, die gegenwärtigen Beamten weiter beschäftigt werden. Alle Schienenwege des Freistaates werden von Polen verwaltet, außer

den Straßenbahnen und den Schienenwegen, die hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienen. Die Freie Stadt Danzig gewährt Polen dieselben Bestimmungen zum Schutz der Winterarbeiten in Bezug auf Religion und Sprache, die von Polen auf polnischem Gebiet angewandt werden.

Weitere Abkommen sollen über Naturalisation sowie Ausführung der Gerichtsurteile folgen, die von den beiderseitigen Gerichten gefällt sind. Danzig behält deutsche Währung. Sobald es die Umstände erlauben, soll in Verhandlungen eingetreten werden, die die Vereinheitlichung des Münzsystems zum Ziele haben. Polen übernimmt die Versorgung Danzigs mit Lebensmitteln und Brennmaterial. Streitigkeiten zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, die die Beziehungen der beiden Parteien betreffen, unterliegen der Entscheidung des Oberkommissars, der die Angelegenheit an den Rat des Völkerbundes verweisen wird, wenn er es für notwendig erachtet.

Danzig, 23. Oktober.

Die Danziger Delegation telegraphiert aus Paris: Die Delegation hat sich nach reiflicher Überlegung unter Würdigung der gesamten Sachlage und Berücksichtigung der ihr durch besondere Delegation rechtzeitig übermittelten Vorklagen der Verfassunggebenden Versammlung einstimmig entschlossen, die Konvention und die Urkunde über Begründung der Freien Stadt mit der in ihr enthaltenen Erklärung wegen Übernahme der Kosten für Verwaltung und Befahrung am Sonnabend zu unterzeichnen.

Die Delegation hat der Botschafterkonferenz gegenüber als Voraussetzung für die Unterschrift zum Ausdruck gebracht, daß der Völkerbund und der vom Völkerbund ernannte Oberkommissar der Freien Stadt den zugesicherten Schutz gewähren und bei Durchführung der Konvention sowie bei Regelung der noch offenen Fragen die Interessen der Freien Stadt und ihrer Bewohner in gewöhnlicher Weise berücksichtigen werde.

Paris, 23. Oktober.

Die Botschafterkonferenz hielt heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung ab, in der mitgeteilt wurde, daß die polnische Regierung sich weigere, dem Vertrag zuzustimmen, der zwischen dem Freistaat Danzig und Polen auf Grund des Artikels 104 des Friedensvertrages abgeschlossen werden sollte und der die Genehmigung des Botschafterrates an sich bindet. Infolgedessen hat die Botschafterkonferenz beschlossen, noch heute vormittag eine interalliierte Kommission zusammenzuberaufen, die unter dem Vorsitz von Minister Laroche steht, und der je drei Vertreter von Danzig und Polen angehören sollen. Man will versuchen, eine Lösung über das zukünftige Status von Danzig zu finden.

# Autonomie für Oberschlesien

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten legte am Sonnabend vormittag die schon seit mehreren Tagen gepflogenen Beratungen über die Gewährung der hundertprozentigen Autonomie für Oberschlesien vor. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes:

Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Einsetzung für Deutschland die volle gliedstaatliche Autonomie einrichtet, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt.

Die Annahme des Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Zu dem Gesetz wird Stellung zu nehmen sein, wenn der Wortlaut des Entwurfs bekannt ist.

# Aus dem Osten

Frankreich greift wieder aktiv in den Kampf gegen Sowjet-Rußland ein. Nachdem Polen nun endlich sich zum Frieden mit Rußland bequemt hat, gilt Frankreichs militärische Hilfe dem Grafen Wrangel, mit dessen Anerkennung sich die französische Regierung so sehr beeilt. Nach einer Meldung der „Jovelta“ wurde Odessa zum ersten Male durch französische Schiffschiffe beschossen.

Es geht doch nichts über die Heuchelei der bürgerlichen Diplomatie. Da schreibt und redet man täglich und stündlich vom Frieden, gründet einen Völkerbund zur Verhinderung künftiger Kriege, beteuert sein Bestreben, mit Rußland in ein friedliches Verhältnis zu kommen, und knüpft zur gleichen Zeit eifrig die Fäden, um immer neue militärische Gegner der russischen Sowjet-Republik entgegenzustellen.

Der Staatsstreich des polnischen Generals Jeligowski scheint konsolidiert. Es bestreitet sich, wie wir sofort ansprachen, daß man von polnischer Seite den General gewähren ließ, um die Welt vor vollendeter Tatsache zu stellen. Offiziell konnte man wegen der Rücksichten auf die Entente nicht tun, so griff man einfach inoffiziell zu einem kleinen Staatsstreich. Denn wenn Polen wirklich diesem Unternehmen so fern stünde, was sollen denn da alle Betreibungen, daß nun Polen es sich nicht nehmen lasse, das Schicksal Wilnas zu regeln. Das ist eine höchst verdächtige Liebe. General Jeligowski hat bereits eine mittelstaatliche Regierung aufgemacht und gekündigt, diese Regierung werde ihre Selbstbestimmungsrechte mit Es löst sich niemand an dem Völkerbund, und die Dinge wollen für die Einberufung einer Volksvertretung sein bereits im Gange, und er hoffe, daß die Wahlen Anfang Januar nächsten Jahres erfolgen könnten. Die Volksvertretung werde auf vollkommen demokratischer Grundlage gewählt, und bei dieser Wahl werde es sich zeigen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung sei zu seinem polnischen Vaterland halte. Jeligowski erklärte weiter, die mittelstaatliche Regierung habe eine Note an den Völkerbund abgefaßt, in dem dieser zur Einsetzung einer unparteiischen Vorkommission für die Volksabstimmung aufgefordert werde.

Es ist allerdings anzunehmen, daß unter dem Druck einer Militärdiktatur sich ein für Polen annehmbares Wahlergebnis ergeben wird. Wie es mit der vollkommen demokratischen Grundlage beschaffen sein wird, bleibt abzuwarten. Die ganze Entwicklung dieses polnisch-litauischen Konflikts gewinnt aber auch besondere Bedeutung dadurch, daß er die ganze Bedeutunglosigkeit des Völkerbundes aufs neue enthüllt. Es löst sich niemand an dem Völkerbund und die Dinge vollziehen sich ganz ohne seine Einwirkung. Imperialistische Raubzüge, Bergewaltigungen von Völkern und Ländern sind heute genau so an der Tagesordnung wie früher. Im kapitalistischen Zeitalter ist der Völkerbund ein Pappas.

# Weiterer Vormarsch der Polen

Kowno, 22. Oktober.

Hier herrscht außerordentliche Bekürzung wegen weiteren Vormarsches der Polen, die jetzt schon nordwestlich Wilna weiter vorrücken. Man spricht von einer polnischen Armee, auf Kowno zu marschieren. Die Folge davon ist allgemeine Pähmung des Handels und starke Depressierung der Bevölkerung. Die Bahnverbindungen Wilna—Warschau sind zu neuen Truppentransporten durch Polen benutzt.

# Warnung an die Arbeiterschaft

Der Unabhängige Zeitungsdruck schreibt:

Als Grund tiefgelegter Tatsachen hat sich ergeben, daß von internationaler Seite versucht wird, durch Putschversuche und Ueberrumpelungen die Arbeiterschaft in eine Welt zu treiben. Wir warnen die Arbeiterschaft, sich an solchen törichtem Unternehmungen zu beteiligen. Ganz besonders ergeht diese Warnung an die Arbeiterlosen, die von Putschisten als Stoßtrupp angesetzt sind. Die Arbeiterschaft kann nicht durch solche, aus dem Reichsaltschlagerevolutionsromanik stammenden Putschversuche, sondern nur durch zielbewusste Klassenkämpfe zum Siege kommen. Solche, von unklaren unsozialistischen Elementen unternommene Putsche dienen nicht der Sache des Proletariats, sondern nur der Konterrevolution.

# Auf der Suche nach einem Sündenbock

Die K. P. D. und die sich ihr an den Hals geworfenen Neukommunisten haben schon jetzt von einigen Bedenken geplagt zu werden, die von ihnen in der Debatte über die Moskauer Anschließbedingungen geschildert werden. Erwarten wir nicht die Förderung der revolutionären Stoßkraft des Proletariats auch erzielen zu können. Wer aber wird schuldig gesprochen, wenn die große Enttäuschung, die im Sinne der Putschisten der Partizipationskammer gefolgten U. S. P. Mitglieder stütz macht? Die U. S. P. D. schon jetzt werden die entsprechenden Einleitungen dazu unternommen. Man lese, was die „Rote Fahne“ in ihrer Freitagnummer schreibt:

„Die Lage ist klar genug. Wenn Teile der Bourgeoisie den Anzeichen zu erwidern suchen, als ob die Reinigung der Unabhängigen Partei von ihren opportunistischen Führern eine Schwächung der revolutionären Kräfte bedeute, so ist das in Wahrheit nur Spiegelscherei. Die Bourgeoisie weiß, daß die Bildung einer festgefühten kommunistischen Massenpartei, die durch den holländischen Partizipationsvertrag eingeleitet wird, die revolutionären Kräfte gemaltig härten wird. Sie weiß aber auch, daß der Prozeß der Position der revolutionären Massen von der opportunistischen Führerschaft erst eingeleitet ist, daß es Zeit braucht, bis die einheitliche kommunistische Partei fest steht und besteht, und daß die kommunistische Bewegung in dieser Zwischenzeit eine kritische Periode durchmacht, eine Gefahrenzone durchlaufen muß. Damit wird niemand ein Geheimnis verheimlicht, es ist das eine Selbstverständlichkeit. Und die Bourgeoisie wäre dummer als sie ist, wenn sie nicht versuchen sollte, genau wie im November 1918, so im Herbst 1920, die Reubildung der kommunistischen Partei mit allen Mitteln der Konterrevolutionären Gewalt zu verhindern.“

Das heißt gerade nicht danach aus, als ob man im Lager der Kommunisten von besonderem Vertrauen zu ihrer angeblich revolutionären Tatkraft getrogen wäre. Die „Rote Fahne“ ist anscheinend auch gar nicht erdacht davon, daß Sinowjew den Neukommunisten ohne vorherige Verschmelzung mit der K. P. D. Aufnahme in die dritte Internationale verweigert.

Parteiorganen, Zeitungen usw., schreibt sie, „und nicht unwichtig, aber wichtiger als alles das ist, daß die Gefahrenzone, die die kommunistische Bewegung in Deutschland augenblicklich durchläuft, möglichst abgekürzt wird, daß die organisatorische Verschmelzung der gesamten kommunistischen Arbeiterschaft so rasch als möglich vollzogen wird.“

Hiermit wird ungewollt zugegeben, daß die formale Aufnahme zu dem Zweck geschah, zuvor die Parteilinien insofern wie die Presse der U. S. P. D. an sich zu ziehen, um diese Leute der K. P. D. zuzuführen zu können. Ebenso bezeichnet es aber auch der kaum verhaltenen Stolz, der aus diesen Zeilen über die vorläufige Anerkennung ohne Verschmelzung mit der K. P. D. spricht. Und es entspricht nicht minder den kommunistischen Gesinnungen, sich so eifrig als möglich nach Sündenböcken für die misslungenen „Missionen“ der K. P. D. umzusehen.

# Mengstliche Bemühungen

Die „Rote Fahne“ macht in ihrer gestrigen Ausgabe Stoffen über eine im Landtag von der sogenannten rechten U. S. P. eingebrachten Anfrage an den Justizminister, ob Strafverfolgungen gegen Kommunisten geplant seien. Die „Rote Fahne“ schreibt: „Wir sind über so viel Teilnahme der Rechte der U. S. P. gegen über ihren kommunistischen Feinden aufs höchste gerührt.“

Die Richtung der „Roten Fahne“ wird vielleicht noch größer werden, wenn wir ihr verraten, daß auch die sogenannte Linken der U. S. P. die Anfrage hat einbringen lassen. Aber welche Tat von uns hätte der „Roten Fahne“ noch nicht zur Herabwürdigung der Unabhängigen Sozialdemokratie gedient?

# Cachin für Vorbehalte

Marcel Cachin hat auf seiner Durchreise durch Frankfurt a. M. ein Redaktionsmitglied unseres dortigen Parteiorgans zu sich geladen und mit ihm über die Frage der Internationalen gesprochen. Wie das „Volkrecht“ berichtet, soll Cachin von dem vollzogenen Bruch unserer Partei mit Moskau sehr nachdenklich gestimmt sein. Auch habe er zu verstehen gegeben, daß er nur, mit Vorbehalten den Anschluß an die dritte Internationale befürworten könne. Ganz unmöglich sei der geforderte Anschluß des Genossen Longuet und die Umbenennung der französischen Partei. Außerdem würden die französischen Gewerkschaften auf Wahrung ihrer absoluten Selbständigkeit bestehen.

# Der russische Sonderzug

Genosse Otto Jensen schreibt sehr hübsch in der Leipziger Volkszeitung:

„Glückliche Reise über Leipzig nach Kassel“ rief höflich Adolph Hoffmann. Dies Schlagwort für den nächsten Groß-Berliner Jahrestag ist nur ein irreführender Beleg für die Welt. Wir denken gar nicht daran, Herrn Oberbürgermeister Scheibemann zu besuchen. Nein, unsere Reise geht in internationalen Exotik über Paris nach London, und hoffentlich um die ganze Welt. Wir brauchen nicht dem Sonderzug nach Moskau, der leicht einfallen kann, wegen anormaler Spurweite und schlechtere Reparaturkolosse.“

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Section der Kommunistischen Internationale, beginnt Dienstag, den 2. November, vormittags 9 Uhr, in den Sophienhallen zu Berlin, Sophienstraße 17/18. Es referieren über Die politische Lage: Thalheimer, über Die Stellung zu den politischen Parteien: Lepi, über Bericht vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Wenzel, über Betriebsräte, politische Arbeiterschaft und Arbeitslosenfrage: Brandier, über Unsere Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten: Handke.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk**  
5 Jahre schmerzlos Einsatz. Zahntechnik mit Befähigung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an  
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuriositäten.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 14**





aus, verpflichtet zur Aktion, da angeblich die alte U. S. P. stionslos war. . . . . Wäre das Resultat wirklich eine Verschärfung des Kampfes gegen die Bourgeoisie und nicht doch eine Fortsetzung der schon bis zur Erschöpfung gediehenen Selbstzerfleischung, des sinnlosen Bruderkrieges am Prinzipienstreit, der gegenseitigen Verleumdung, Verfolgung und Verächtlichmachung der jubelnden Freude des Bürgertums, dann könnte man die Spaltung schließlich als eine Operation betrachten, die notwendig wurde, um das über Theorien freitende Proletariat im Kampf gegen den alten gemeinsamen Feind wieder zu einigen; eines Kampfes freilich, dessen siegreicher Ausgang allein in der Halle unternommenen Schritt zu rechtfertigen vermag. Nur sind terroristische Steigermöglichkeiten im heutigen Deutschland so außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit und die kommunistische Taktik so viel mehr auf die Schwächung der Arbeiterkraft als auf den Sturz der Bourgeoisie einstellt, daß leider oft mit Sicherheit vorausgesetzt werden muß, auch die neue kommunistische Partei werde den „revolutionären Kampf“ wie die übrigen kommunistischen Gruppen auf die gegenseitige und bezweckte Verunglimpfung der bisherigen Kampfgenossen beschränken. Diese Gefahr wächst in dem Maße, in dem die kommunistische Taktik gegenüber dem Bürgertum verstant! Denn wohin führt letzten Endes die blödsinnige kommunistische Zerstückelung und Zersplitterung der proletarischen Kampftruppe? Doch nur dazu, daß sich die Arbeiter unter sich selber verprügeln zum großen Gaudium der lachenden Bourgeoisie.“

## Die Hege gegen den Konsum

Uns wird geschrieben:

Am der Stichmarke „Neuaufbau im Konsum“ bringt der „Vorwärts“ in Nr. 520 eine längere Notiz, die sich mit dem Ergebnis des 21. Geschäftsjahres der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend beschäftigt. Der Zweck dieser Notiz soll scheinbar sein, zunächst die derzeitige Leitung der Konsum-Genossenschaft herunterzureißen, um damit die notwendige Grundlage für eine neue Vorschlagsliste zum Aufsichtsrat zu begründen. Dem „Vorwärts“ ist darauf eine Berichtigung zugegangen, die die Angriffe zurückweist. Der „Vorwärts“ schrieb u. a.:

„An die Stelle der ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden menschenwürdig Personen berufen, die mit dem U. S. P. Mitgliedsbuch ihren Befähigungsnachweis erbrachten. Wie der neue Geist sich bewährt, welche Wirkung er auf die Entwicklung der Genossenschaft ausübt, das zeigt ein Blick in den Geschäftsbericht.“ Weiter verwies das Blatt auf den Rückgang des Brotumsatzes und darauf, daß der Prozentsatz der laufenden Mitglieder dauernd gesunken sei.

Um in der Öffentlichkeit keine falschen Gerüchte über die Konsum-Genossenschaft entstehen zu lassen, ist zunächst zu bemerken, daß bei der Umstellung von Vorstandsmitgliedern nicht Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit genommen wurde, vielmehr gab die Befähigung den Ausschlag. Unter den neu eingestellten Vorstandsmitgliedern befinden sich zwei, die sich in der Berliner Konsum-Genossenschaftsbewegung durch langjährige Mitarbeit bewährt haben. Das dritte neu eingestellte Vorstandsmitglied war 27 Jahre in einem Bruderverein tätig. Daß auch dieses seinen Posten voll und ganz ausfüllen kann, ist daraus zu ersehen, daß das Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Herr Heinrich Kaufmann, Hamburg, die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend zu diesem Engagement beglückwünschte.

Die Notiz im „Vorwärts“ erweckt den Anschein, als ob der Rückgang in der Bäckerei und die geringere Zahl der laufenden Mitglieder auf die Unfähigkeit des derzeitigen Vorstandes zurückzuführen wäre. Demgegenüber möchten wir bemerken, daß im ersten Viertel des Geschäftsjahres alle fünf Vorstandsmitglieder der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend politisch der S. P. D. angehörten. In diese Zeit fällt der größte Rückgang der Bäckerei. Wenn also die Parteizugehörigkeit ausschlaggebend wäre, so würde die gegenteilige Schlussfolgerung richtig sein. Im zweiten Viertel des abgelaufenen Geschäftsjahres zählten von den fünf besoldeten Vorstandsmitgliedern vier zur S. P. D., und erst am 1. April, also im letzten Viertel des abgelaufenen Geschäftsjahres, sind von den fünf Vorstandsmitgliedern vier bei der U. S. P. D. und eins bei der S. P. D. organisiert.

Der geringere Prozentsatz der laufenden Mitglieder ist nur scheinbar. Die Konsum-Genossenschaft hat in früheren Jahren alljährlich jene Mitglieder ausgeschlossen, die seit einigen Jahren ein Markenblatt nicht mehr abbestellten. Mit Rücksicht darauf, daß durch den Krieg die Familienbände zerrissen wurden und infolgedessen manches Mitglied seinen Einkauf nicht mehr tätigen konnte, ist von der damaligen Verwaltung (die zum weitläufigsten Teil in der S. P. D. organisiert war) beschlossen worden, bis auf weiteres von Ausschüssen solcher Mitglieder Abstand zu nehmen. Mit diesem zweifellos sehr berechtigten Beschluß sollte erreicht werden, daß man jenen Mitgliedern, die infolge der Kriegsverhältnisse nicht kaufen können, die Möglichkeit bietet, nach Beendigung des Krieges in der Genossenschaft kaufen zu können, ohne daß sie erst wieder neu eintreten müssen. Infolge dieses Beschlusses wurde im Geschäftsjahr 1916-17 nur noch ein Teil der in Betracht kommenden Mitglieder ausgeschlossen und in den darauf folgenden Jahren von weiteren Ausschüssen Abstand genommen. Die Zahl der auszuscheidenden Mitglieder betrug in den drei vorhergehenden Jahren durchschnittlich über 6 Prozent. Es ist anzunehmen, daß durch die Kriegsverhältnisse der Prozentsatz keineswegs geringer, sondern eher noch größer geworden wäre. Befrachten wir aber den alten Prozentsatz bei, so würden nicht 134 000

Mitglieder, sondern 113 000 zu Buch stehen und die Zahl der laufenden Mitglieder würde dann nicht 61,56 Prozent, sondern 73,4 Prozent betragen.

Der Angriff, den der „Vorwärts“ gegen die U. S. P. richtet, ist also gänzlich unangebracht. Der geringe Rückgang von 206 000 Broten hat mit der politischen Parteizugehörigkeit des Vorstandes gar nichts zu tun. Ueber den Rückgang selbst schreibt der Vorstand auf Seite 17 seines Berichtes: „Die Produktion ging aber nicht nur bei uns zurück; sie zeigt sich in allen Berliner Bäckereien und erstreckt sich daraus, daß viele Frauen das ihnen auf die Brotarten zusteckende Mehl kaufen und mit dem sonst zur Verteilung gelangenden Mehl selbst ein Gebäck herstellen. Wenn dieser selbstgebackene Kuchen auch weit hinter dem früheren zurückbleibt, so schmeckt er in der Regel doch immer noch besser, als das mit den verschiedensten Streckmitteln hergestellte Brot.“ Der Rückgang der Brotproduktion in Berlin ist danach durchaus keine Einzelerscheinung bei der Konsum-Genossenschaft; im Gegenteil muß festgestellt werden, daß Brotfabriken und Bäckereien heilfroh wären, wenn in ihrem Betrieb der Rückgang nicht mehr zu merken wäre, als in der Konsum-Genossenschaft. Selbstverständlich ist eine Umsatzsteigerung angenehmer als ein Umsatzrückgang, und es muß zweifellos alles getan werden, um die Produktion der Konsum-Genossenschaft ständig zu heben, aber man soll allgemeine Erscheinungen nicht auf die politische Parteizugehörigkeit zurückführen. Der „Vorwärts“ hat dazu um so weniger Veranlassung, als tatsächlich während der ersten 9 Monate des abgelaufenen Geschäftsjahres der Vorstand der Konsum-Genossenschaft restlos bzw. seine überwiegende Mehrheit zur S. P. D. zählte. Wenn man hochsagt wäre, könnte man also annehmen, daß die Anhänger der S. P. D. Partei das Unternehmen sabotieren wollten. Es wird natürlich keinem ruhig Denkenden einfallen, derartiges zu behaupten und es liegt dazu um so weniger Veranlassung vor, als Herr Schulke, der im Dezember 1919 auswich, in durchaus friedlicher Weise auf eigenen Wunsch von der Konsum-Genossenschaft ging und, soweit wir wissen, heute noch ein sehr freundschaftliches Verhältnis zu den ihm bekannten Verwaltungsmitgliedern unterhält.

Der langjährige erste Geschäftsführer der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend war bis zum 31. März in den Diensten der Konsum-Genossenschaft. Er ist ebenfalls auf eigenen Wunsch ausgeschieden und bekleidet heute einen Vorstandsposten in der „Volkswirtschaft“. Ein weiteres Vorstandsmitglied war bis zum März 1920 Mitglied der S. P. D.; es ist allerdings dann aus innerer Überzeugung zur U. S. P. D. übergetreten. Da dieser Genosse aber seit langen Jahren zur vollen Zufriedenheit der Aufsichtsratsmitglieder, die der S. P. D. sowohl als auch der U. S. P. D. angehörten, gearbeitet hat, ist wohl nicht anzunehmen, daß er nunmehr, weil er Mitglied der U. S. P. D. geworden ist, weniger befähigt wäre, den Posten auszufüllen, als früher. Unsere Genossen ersehen aber daraus, mit welchen Mitteln gearbeitet werden soll. Es muß das für sie ein besonderer Ansporn sein, demnächst in der Generalversammlung anzutreten, um die unberechtigten Vorwürfe gegen die Verwaltung durch Massenbesuch zu entkräften und im übrigen in sozialistischem Sinne für die Ausbreitung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation zu arbeiten.

Mittwoch, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft in der „Neuen Welt“, Hasenheide, statt.

## Kritik

Ein Parteigenosse, der ein Menschenalter in der Bewegung steht, äußert sich in einer Zuschrift über die Verhältnisse in der Partei wie folgt:

„Wir sind sehr kritisch veranlagte Leute. Und das ist gut so. Man soll nicht alles kritisch und gedankenlos hinnehmen. Es gibt aber verschiedene Arten der Kritik. Die einen kritisieren, um abzuwehren, zu ändern, zu bessern. Das ist die schöpferische Kritik. Die ist notwendig, wie das liebe Brot. Die anderen kritisieren, um zu kritisieren. Die reihen alles herunter, unterstellen dem Gegner ständig die niedrigsten Motive, verdächtigen ihn in der unglaublichsten Weise. Das ist die zerstückelnde Kritik. Es gibt Leute, die nur von dieser Kritik leben, sie leben vom Schimpfen und vom Verdächtigen. Wer unser Parteileben in der letzten Zeit beobachtet, hätte bestimmte Redner, die immer dieselbe Melodie pfeifen. Hervorragendes leisteten die Leute, die von der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße stammten. Was nicht von hier kam, taugte nichts.“

Im Vorjahre drauf und dran, ein neues Blatt zu gründen, das angeblich nur dem Rätegedanken dienen sollte, rissen diese Leute die „Freiheit“ herunter, um den Boden für ihr Konkurrenzunternehmen zu bereiten. Das neue Blatt konnte aber das Licht der Welt nicht erblicken. Das einzige praktische Ergebnis war, daß viele Arbeiter ihr Geld verloren.

Das Herunterreißen ging weiter. Die Münzstragenleute arbeiteten systematisch. Ihre Parole war die von Kadel empfohlene, die Führer der Partei zu diskreditieren und sie zu verdächtigen.

Ein anderes Register war die Bekämpfung des Parlamentarismus, den sie in Bausch und Bogen grundrührig verurteilten. Als der Wahltermin herannahte, stellten sich diese „Grundrührer“ schnell um. Sie fanden sich urplötzlich mit dem Parlamentarismus ab und bemühten sich überall eifrig um Mandate; sie lehten ihre Leute ein, um unter allen Umständen an aussichtsreiche Stellen zu gelangen.

Nicht viel anders war es mit den von der Münzstraße-Zentrale protegierten Kommunalen Arbeiterräten. Was da alles für Blödsinn verzapft wurde, ist kaum zu sagen. Eine Ueberhebung hat an, die im umgekehrten Verhältnis zum Können stand.

Diese Gesellschaft schimpfte in allen Versammlungen auf alle, die ihr nicht ohne weiteres zu Willen waren. Sie zeigten nach dem Beifall der großen durch den Krieg leicht erregbaren Massen. Die „Bonzen“ hatten alles verschuldet. Neben den Parteibonzen mußten vor allem die Gewerkschaftsbonzen herhalten. Eine Zeitlang hörte man in Versammlungen nichts anderes als von dem Bonzentum reden. Die Münzstragenleute haben dieses Register zum Erbrechen gezogen, um schließlich selber Bonze zu sein. Und Nachbeter gab es genug.

Es wurde Mode, daß die Redner ihres Sätzlages ihr revolutionäres Empfinden dadurch betätigten, daß sie in jedem Satz ein halbes Duzenmal das Wort revolutionär anwendeten. Jedermann weiß, daß die häufige Anwendung dieses Wortes noch niemanden zum Revolutionär macht. Und wer sich diese Vortheile genauer und bei Lichte besah, fand in den meisten Fällen, daß nichts, auch gar nichts hinter den großen Worten steckte. Vielfach mußte man feststellen, daß diejenigen, die den Mund am weitesten aufrißen, nicht zu finden waren, wenn es ernst wurde.

Den Höhepunkt erreichten die Wortabfakeln vor dem Parteitage. In den Versammlungen, die zum Parteitag Stellung nahmen, mußte geschickte Regie nachhelfen. Nun sind wir von diesen Leuten geschieden. Sie können ihr Spiel ungestört weiter treiben. Wie lange? Bis ihre Leute mehr verlangen als dieses ständige Herunterreißen. Und wenn diese an den neuen Bonzen die Kritik ansetzen, die man ihnen geschickt hat, wird es den neuen Führern noch sehr schlecht gehen.

Im Interesse der proletarischen Bewegung liegt es, daß wir endlich wieder zur Aktionsfähigkeit kommen, die die bisherige zerstückelnde Kritik verhindert hat.

## Aus den Berliner Organisationen

### Treptow-Baumschulweg

Unter Umgehung des Vorstandes, dem aber von der Mehrheit der Genossen und Genossinnen in einer Generalversammlung kurz vor der Uerwahl erneut das Vertrauen ausgesprochen wurde, beziel zum Donnerstagabend ein Aktionsausschuß, nicht Aktionsrat, der sich nur aus den Freunden der Befürworter der Moskauer Bedingungen zusammensetzte, eine außerordentliche Generalversammlung des U. S. P. D. Wahlvereins ein, in der Eichhorn den Bericht vom Parteitag erstatten und die Uerwahl des Vorstandes vorgenommen werden sollte. Die gut besuchte Versammlung protestierte lebhaft gegen die Handhabung der Geschäftsordnung. Vor Eröffnung der Versammlung gab man der Versammlungsleitung Erklärungen über den rechtmäßigen Vorstand ab und über die Haltung der „Freiheit“, während dem Vorhanden des Wahlvereins, Genossen Kempert, das Wort zur Geschäftsordnung verweigert worden war.

Nach Eröffnung und Bekanntgabe der Tagesordnung gab der Vorsitzende Genosse Kempert folgende Erklärung ab: „Im Auftrag des Vorstandes und der Funktionäre erkläre ich: Die außerordentliche Generalversammlung ist rechtsungültig, da sie von Unberufenen und von zwei verschiedenen Parteien einberufen. Ich fordere alle Anhänger der U. S. P. D. (Crispien-Ledebour), welche auf dem Boden des Leipziger Aktionsprogramms stehen, auf, mit mir den Saal zu verlassen, um im Gesellschaftshaus von Braun den Bericht vom Parteitag entgegenzunehmen.“ Nach Abgabe dieser Erklärung leitete stürmische Hochrufe auf die U. S. P. D. ein. Die Majorität der Versammlung erhob sich wie ein Mann und verließ unter Hochrufen auf unsere Partei und die Internationalen den Saal.

In ausführlicher Weise referierte dann Genosse Emil Barth über den Parteitag in Halle, um am Schluß stürmische Zustimmung zu erhalten. Die Genossen bestätigten dann erneut durch Unterschrift ihr Bekenntnis zur U. S. P. D. Crispian-Ledebour. Mit einem Hoch auf das Gedeihen und Wachsen der Partei und des Ortswahlvereins Treptow-Baumschulweg gingen die Genossen und Genossinnen auseinander.

### Cöpenick

Die Generalversammlung am Freitag brachte auch für unsere Genossen am Ort die Klärung. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte verließ nach Abgabe einer Erklärung durch den Genossen Lampe der größte Teil der Versammlungsbesucher den Saal, begleitet von einem dem Ernst der Stunde nicht angepaßten Schreien und Loben der Zurückbleibenden. Man hatte auf der anderen Seite wohl nicht angenommen, daß sich ein so großer Teil der Genossen auf den Boden der U. S. P. D. stellen würden. Die Genossen fanden sich später im Saal des Baderhofes zusammen. Die Reorganisation des Ortsvereins wurde sofort in Angriff genommen. Als Vorsitzende wurden gewählt die Genossen Paul Rükter und Emil Lampe, als Schriftführer Genosse Tolgendorf, als Kassierer Genosse Otto Heidrich, als Beisitzer die Genossinnen Frau Dürre, Pohle und Fr. Schuhre, als Beisitzer die Genossen Nag, Grohmann, Morgenstern, Seidel und Kar Lorenz. Nach Bestätigung der Zeitungskommission wurden die noch zu erledigenden organisatorischen Fragen an die am nächsten Mittwoch stattfindenden Bezirksversammlungen verwiesen. In einer vom besten Geiste getragenen Aussprache behandelte man unsere nächsten dringenden Aufgaben und brachte unsere prinzipielle Fassung klar zum Ausdruck. Mit dem Gelöbniß, für den revolutionären Sozialismus alle Kraft einzusetzen, schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die U. S. P. D. und die soziale Revolution unter den Klängen des Sozialistenmarsches die von über 200 Genossen besuchte Versammlung. Wir rufen allen Genossen, die auf unserem Boden stehen zu, sich an ihre Funktionäre zu wenden und mitzuarbeiten gegen die Zersplitterung, für den revolutionären Sozialismus!



# N. ISRAEL

BERLIN C Spandauer Str. 16

Gegründet 1815

BERLIN C Königstr. 11-14

## Damenkleidung

- Bluse aus gestreiftem Flane. l. .... 65.00
- Morgenrock aus Flauschstoff mit gesteppter Blende .. 128.00
- Morgenrock aus vorzügl. Wolflausch 450.00
- Mantel aus starkgriffigem Winterstoff 135.00
- Mantel aus einfarbigem oder kariert Flauschstoff. 490.00
- Mantel aus vorzüglichem reinwoll Flauschstoff 725.00

**Filz Pantoffel**  
m. Filzsohle, sehr haltbar, 36-42 ... 21.50

## Pelzwaren

- Pelzkragen aus patagonischem Kanin, Fuchstorm .. 148.00
- Kreuzfuchse. .... 775.00
- Alaskafuchse .... 850.00
- Kinder-Pelzgarnitur Muß und Kragen aus Hermelin-Kanin .... 58.00
- Knaben-Pelzmütze mit Kunstlederkopf .. 37.50
- Damen-Pelzmäntel
- Herrn-Sport- u. Gebpelze
- Ziegenfell weiß oder wolffarbig etwa 55-105 cm 148.-

## Wäschestoffe

- Madapolam 80 cm Meter 18.50 16.00 12.75
- Hemdentuch 80 cm Meter 19.50 18.50 15.00
- Linon 21.50 19.50 17.75
- Linon u. Madapolam Deckbettbreite Meter 37.50 35.00 30.00
- Daulas Lakenbreite Meter 49.00 42.00 37.00
- Köperbarchend 80 cm Meter 26.00 19.50 17.75
- Steppdecke bunt Satin mit Trikotfutt, 150x200 270.-

## Wirkwaren

- Damen-Untertaillen Baumwolle, ellengbein, feingestr., lange Armal 30.75
- Herrn-Beinkleider Norm., wollgemischt Mittelgröße ..... 48.00
- Herrn-Hemden Baumwoll, Trikot, makofarbig, Mittelgr. 55.00
- Damen-Strümpfe Baumw. m Doppelsohle schwarz, leder, mahag. 13.75
- Halbwolle, schwarz... 24.75
- Herrn-Socken Wolle, stark, graumel. 11.50
- Strickwolle vorzügl. reinwoll, Qual. schwarz, 30 Gr. 8.25

## 1/2 3/4 Stockwerke Möbel

### Axminster-Teppiche

m t Fransen, Persermuster 200x300 cm ..... 1400.-  
250x350 cm ..... 2100.-  
300x400 cm ..... 2800.-  
Vorleger, 90x180 cm 300.-

### Excelstor-Teppiche

boucléartig  
200x300 cm ..... 450.-  
250x350 cm ..... 650.-

### Perser Teppiche und Brücken

zu bedeutend ermäßigten Preisen

Moskau flaggt!

Der Korrespondent der „Morning Post“ in Moskau drahtet seinem Blatt, daß die Stadt am Sonntag früh im herrlichsten Flaggenhimmel gewesen sei. Als Grund dafür wurde das Ergebnis des Parteitagess in Halle angegeben, das Lenin in einem Manifest als Ausdruck des Anschlusses „des deutschen Proletariats an Sowjetrußland“ bezeichnete. Gegen Mittag fand eine Parade der roten Truppen statt. Der Sowjet von Moskau beschloß, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu der neuen Sowjet-Organisation in Deutschland. Die Freier vertiefen also programmäßig, wie das in Sowjet-Rußland üblich geworden ist; ein großspüriges Manifest, rotbeflaggte Straßenzüge, Parade der roten Truppen, feierliche Sitzung des Sowjets usw. Uns tun nur die russischen Arbeiter leid, die durch derartige Veranstaltungen systematisch irreführend werden. Wüßten sie, daß die von Sinowjew gewollte und geförderte Spaltung der U. S. P. D. ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterbewegung und damit auch an der russischen Revolution bedeutet; wüßten sie, daß die vom Moskauer Sowjet gefeierte „neue Sowjetorganisation“ in Deutschland nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der revolutionären Bewegung bedeutet, so würden sie vielleicht die Entschlußkraft aufbringen, ihre Führer von ihrer verhängnisvollen Katastrophenpolitik abzubringen. Die russischen Arbeiter dürfen aber nicht wissen, wie es tatsächlich in der Welt aussieht. Sie müssen glauben, was ihnen tagtäglich von offiziellen Schreibern vorgelegt wird. Sie müssen jeden, der eine andere Ansicht hat, wie die offiziell abgestempelte, als „konterrevolutionär“ bekämpfen und die Freiheit der Presse, der sozialistischen Presse, für die sich Generationen russischer Revolutionäre geopfert, als „bürgerliches Hirngespinnst“ betrachten. Die Folge ist natürlich, daß das russische Proletariat ein völlig falsches Bild von den inneren und äußeren Verhältnissen erhält, dem revolutionären Prozeß in den anderen Ländern verständnislos gegenübersteht und es deshalb nicht zu verhindern vermag, daß die kommunistischen Diktatoren im Moskauer Kreml durch ihre sektiererische Spaltungsarbeit die internationale Arbeiterbewegung auf das schwerste schädigen. Moskau flaggt. Doch die Fahnen der deutschen, der internationalen Arbeiterbewegung wehen auf Halbmaße!

Gewerkschaftliches

Tarifikündigung in den Dampfwäschereien Berlins durch die Arbeitgeber

Eine am Dienstag, den 19. Oktober 1920, gut besuchte Mitglie-der-Versammlung der in den Dampfwäschereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die bei Becker, Weberstr. 17, stattfand, befaßte sich mit obigem Thema. Nachdem eine Neuwahl der Branchen-Kommission und des Branchenleiters vorgenommen, übernahm letzterer, der Kollege Fritz Schumacher, das Referat und machte folgende Ausführungen: Zum zweiten Male versuchen die Wäschereibesitzer einen Vorstoß um den Tarif, welcher durch Kampf im vorigen Jahre zustande kam, endgültig zu beseitigen. Das erstmal, im Juni, versuchten die Arbeitgeber nur Abzüge vorzunehmen, und zwar bezogen auf den Lohn um 33 1/2 Proz., die Ferien um 50 Proz. gekürzt und Festzahlung der Feiertage gänzlich gestrichen werden sollte. In einer Zeit, wo Kartoffeln und Gemüse 2 Mk. das Pfund und mehr kosteten, wo man dazu überging, die Zwangswirtschaft abzubauen, was zur Verteuerung des gesamten Haushalts beitrug, gehörte schon eine Portion Kalvität über — lagen wir schon Freiheit über, ein derartiges Anerbieten zu stellen. Aber unter dieser Parole, daß „Lohnkürzungen“ vorgenommen werden sollten, waren die Kollegen sofort bereit, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen, und dank dieser Einmütigkeit war es der Kommission ein Leichtes, die Arbeitgeber in die Schranken zu weisen. Auf unsere Gegenmaßnahmen, welche mit getroffen, beteten die einzelnen Arbeitgeber, keine Lohnkürzungen vornehmen zu wollen, aber die ihnen von uns zugewandten Berechnungen, worin sie sich verpflichten sollten, den alten Tarif anzuerkennen, erklärten sie nicht unterschreiben zu können. Kollegen, wir haben die gewonnene Farbe zu bekennen und nun dreht und wendet sich diese Gesellschaft unter der heuchlerischen Maske eines unschuldligen Schafes, unter der sich der Wolf verbirgt, um Euch, Kollegen, im gegebenen Moment zu verschlingen.

Sunger

Roman von Anni Hamsun. Zweiter Abschnitt.

Ein paar Wochen später war ich eines Abends draußen. Ich war wieder auf einem der Friedhöfe gewesen und hatte einen Artikel für eine Zeitung geschrieben; während ich damit beschäftigt war, wurde es zehn Uhr, die Dunkelheit kam, und die Pforte sollte geschlossen werden. Ich war hungrig, sehr hungrig; die zehn Kronen hatten nur allzu kurze Zeit vorgehalten; jetzt hatte ich seit zwei, drei Tagen nichts gegessen und fühlte mich matt, angegriffen vom Schreiben mit dem Bleistift. In der Tasche hatte ich ein halbes Federmesser und ein Schlüsselbund, aber keinen Heller. Als die Friedhofspforte geschlossen wurde, hätte ich ja eigentlich nach Hause gehen müssen, aber aus instinktiver Scheu vor meinem Zimmer, in dem es leer und dunkel war, eine verlassene Klemmerwerkstatt, in der ich mich bis auf Weiteres aufhalten durfte, bummelte ich weiter, ging aufs Geratewohl am Rathaus vorüber, hinunter an die See bis an eine Bank auf der Eisenbahnbrücke, wo ich mich setzte. In diesem Augenblick kam mir kein trauriger Gedanke, ich vergaß meine Not und fühlte mich beruhigt beim Anblick des Meeres, das friedlich und schon im Halbdunkel dalag. Aus alter Gewohnheit wollte ich mich am Durchlesen des Stücks erfreuen, das ich soeben geschrieben und das meinem leidenden Hirn als das Beste erschien, was ich bis jetzt gearbeitet. Ich zog mein Manuskript aus der Tasche, hielt es mir dicht vor die Augen, um sehen zu können und durchslog eine Seite nach der anderen. Endlich wurde ich müde und legte die Papiere wieder zusammen. Rings umher Ruhe; das Meer lag da wie blauer Perlmutter, und die kleinen Vögel flogen lautlos an mir vorüber. Weiter fort patrouilliert ein Konstabler, sonst ist kein Mensch zu sehen, und der ganze Hafen liegt in tiefer Stille. Ich zählte noch einmal mein Geld: ein halbes Federmesser, ein Schlüsselbund, aber keinen Heller. Pflöcklich lasse ich wieder in die Tasche und ziehe die Papiere hervor. Es war eine mechanische Handlung, eine unbewußte Nervenzugung. Ich suchte ein weißes, unbeschriebenes Blatt heraus und — Gott mag wissen, woher mir dieser Gedanke kam — machte eine Kugel davon, schloß sie vorsichtig, so daß sie ausfah wie gefüllt, und warf sie weit fort aufs Pflaster; der Wind trug sie noch weiter, dann blieb sie liegen. Der Hunger fing jetzt an, auf mich zu wirken. Ich sah

Die Arbeitgeber haben versucht, schon im Sommer den Boden für sich zu bereichern, sie haben den Moment erfaßt, wo wir gezwungen waren, unsere Beiträge zu erhöhen. Da begann der Berl. Durch läßt Neben, daß die Kollegen den Verhandlungssparen könnten, da sie, die Arbeitgeber, ja doch ihren tariflichen Verpflichtungen nachkommen, folgten einige Kollegen diesen Einflüsterungen wie die Ratten dem Rattenjäger von Bremen. Diesen Kollegen möchte ich zurufen: „Recht im, und zwar so schnell wie möglich, bevor sich die Falle schließt.“ Denn der Arbeitgeber fragt wenig danach, ob Ihr spart, er will an Euch sparen, um seine Profitrate zu vergrößern. Die Arbeitgeber versuchen etappenweise, den Tarif zu beseitigen, und Kollegen, dieses wäre der erste Streik, der zweite würde dem sehr bald folgen. Was wir zu verteidigen haben, ist nicht nur der ideale, sondern auch der materielle Teil des Tarifvertrages. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion, an der sich die Kollegen zahlreich beteiligten, sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß sie mit den Maßnahmen der Branchen-Kommission voll und ganz einverstanden und gewillt sind, in den Kampf zu treten, falls es die Arbeitgeber darauf ankommen lassen, um ihrer gerechten Forderung Nachdruck zu verleihen. Auch von Seiten der Transportarbeiter, deren Kommission anwesend war, wurde angeregt, ein Kartell zu gründen, um den Kampf geschlossener führen zu können.

Der Streik der Hausangestellten im Oskar-Helene-Heim Berlin-Dahlem

Der Streik der Hausangestellten geht trotz aller Schikanen der Direktion weiter. Kerze, Schweißern, Krüppel und Schulkinder werden als Streikbrecher verwendet. Lehrlinge und Waiskinder führen die Arbeiten in der Küche zur vollsten Zufriedenheit der Direktion aus. Die Kerze der Anstalt sind dazu übergegangen, sich im Nebenberuf als Heizer auszubilden, indem sie die Arbeiten der streikenden Heizer verrichten. Die Schwestern machen die Arbeiten auf den Stationen, welche bis jetzt von den streikenden weiblichen Angestellten ausgeführt wurden. Die Schulkinder müssen Kartoffeln schälen und werden auch noch zu anderen Arbeiten herangezogen. Aus dem Krüppelheim und der Erziehungsanstalt ist eine Anstalt gemacht worden, welche Schulkinder und Jugendliche zu Streikbrechern ausbildet. Die Direktion droht den streikenden Angestellten, die Wohnungen sofort zu verlassen, andernfalls sie mit der Polizei hinausgeworfen werden. Der Direktion sollte es natürlich bekannt sein, daß Wohnungen nicht ohne Zustimmung des zuständigen Wohnungsamtes gekündigt werden können. Da in Berlin und Umgebung Wohnungen aber überhaupt nicht zu bekommen sind, sind folglichweise die Angestellten gezwungen, in ihren jetzigen Wohnungen zu bleiben. Am Freitag abend hat die Direktion die Lebenswürdigkeit besessen, die Sicherungen aus den elektrischen Leitungen herauszunehmen und müssen nunmehr die Angestellten in dunklen Zimmern sitzen. Mit all diesen Maßnahmen versucht die Direktion natürlich einen Keil zwischen die streikenden Angestellten zu treiben. Wir können aber feststellen, daß die Angestellten durch derartige Maßnahmen der Direktion nur noch fester zusammengeklüftet werden.

Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel Groß-Berlins

Am Donnerstag, den 21. Oktober 1920, abends 7 1/2 Uhr, fand im Sitzungssaal des Zentralverbandes der Angestellten eine Sitzung des Kartells im Einzelhandel Groß-Berlins, statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. Lohnbewegungen im Einzelhandel und die Frage des 6-Uhr-Lohnschlusses. An diesem Kartell sind alle diejenigen freien Gewerkschaften beteiligt, welche Mitglieder im Einzelhandel Groß-Berlins haben, so daß auch der letzte Arbeiter und Angestellte erfaßt ist. Der Reich dieser Veranstaltung legte Zeugnis davon ab, daß die beteiligten Arbeiter und Angestellten die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Kartellbildung voll erfaßt haben. Die Berichte, die über die jetzt im Einzelhandel stattfindenden Lohnbewegungen von den verschiedensten Gewerkschaftsvertreter gegeben wurden, bewiesen, daß auch die Arbeitgeber des Einzelhandels nach einem ganz bestimmten Plane und genau festgelegten Richtlinien der Arbeitgeberverbände vorgehen. Die Gründung des Kartells kam also gerade zur rechten Zeit, um diesem Treiben die Spitze bieten zu können. Bezüglich der Frage des 6-Uhr-Lohnschlusses war man sich einig darin, nicht eher zu ruhen, als bis er durchgesetzt ist. Die

fadencheinigen Gründe der Arbeitgeber des Einzelhandels gegen den 6-Uhr-Lohnschluß sind in keiner Weise stichhaltig und der alten Kampfkammer entnommen, in der sie seit Erledigung der Frage des 7-, 8- und 9-Uhr-Lohnschlusses lagerten. Geradezu komisch muß es auf die Kommentanten aus Arbeitertreffen wirken, wenn Arbeitgeber erklären, sie ließen ihre Geschäfte mit Rücksicht und aus Entgegenkommen auf die Arbeiterkundschaft solange offen, trotzdem man doch sehr gut weiß, daß sich die Berliner Gewerkschaftskommission für den 6-Uhr-Lohnschluß ausgesprochen hat. Die Tagung lieferte den Beweis, daß es mit äußerster Geschlossenheit möglich sein muß, auch im Einzelhandel vernünftige Verhältnisse für Arbeiter und Angestellte zu schaffen.

Groß-Berlin

Um 50 Gramm Butter

Großhändler, Kleinhändler, Milchhändler u. a. erziehen sich gegen die feststehende Groß-Berlin. Sie rufen ihre Anhänger auf zu Protestversammlungen. Was ist der Grund? Die Feststelle hat in Zukunft monatlich nur 50 Gramm Butter auszuverteilen. Sie glaubt, es nicht verantworten zu können, 42 Großhändler und 9000 Kleinhändler mit diesen winzigen Mengen weiter betrauen zu lassen. Sie wollte vier Firmen, die aus den Buttergebieten Butter nach Berlin schaffen, kommissionsweise die Verteilung übertragen und diesen vorschreiben, die Butter an etwa 1200 Geschäfte abzugeben. Unter diesen Geschäften sollten in erster Linie die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, die der Beamten-Wirtschaftsgenossenschaft, sowie die Läden der städtischen Milchverkaufsstellen, sowie alle Gemeindecenkenstellen sich befinden. Die übrigen Verkaufsstellen sollten solche sein, die früher schon Butter verkauft haben. Großhändler und Kleinhändler laufen gegen diese Absichten Sturm. Ihre Interessen sollten maßgebend sein, die Kommentanten gelten nichts. Es ist klar, daß es keine rationelle Wirtschaft ist, wenn 9000 Geschäfte mit der Ausgabe der paar Gramm Butter betraut werden. Es geht bei einer derartigen Butterverteilung jubel verloren, und auch eine Kontrolle ist nicht mehr möglich, wodurch übrigbleibende Reste im Schleißhandel verschwinden. Die Großhändler strecken sich hinter die in Aussicht genommenen Firmen und hintertrieben den Plan. Um sich wirksam durchzusetzen, kündigten sie zahlreichen Anwohner und Arbeitern und rebeten ihnen vor, daß sie zur Kündigung schreiten müßten durch die Maßnahme der Feststelle. Die Arbeiter wandten sich sofort an die zuständige Stelle und überzeugten sich durch ihre Vertretungen, daß die Kündigungen nach keiner Richtung hin eine Unterlage hätten. Eine Aussprache, die getrennt mit den Händlervertretungen und den Organisationsvertretungen unter Vorsitz des Stadtrats Leid von der Feststelle stattfand, hatte das Ergebnis, daß nach Lage der Dinge die nächste Butterverteilung noch dem alten Verfahren stattfinden soll. Die Kündigungen sollen zurückgezogen werden. Eine Kommission soll die neu gemachten Vorschläge einer Prüfung unterziehen.

Stadtverordnetenfraktion Groß-Berlin U. S. P. D. (Lebedour-Crispian)

Am Dienstag, den 20., abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Zimmer 109, eine Fraktionsitzung statt. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten.

Eisenbahnerfreunden

Uns wird geschrieben: „Ich gehöre zu jenen, die verurteilt sind, täglich die Tortur auf der Strecke Gesundbrunnen-Hennigsdorf, (genannt Eisenbahnfahrt) mitmachen zu müssen. Was es heißt, seht eine volle Stunde und darüber hinaus in solch einem vollgepfropften Zuge (verschiedene Neben es vor, lieber zwischen den einzelnen Wagen auf den Trittbrettern, im Bremsenhauschen oder sonstwo sich zu verdrücken), zweimal täglich solche Fahrt zu machen, der wird zustimmen, wenn ich sage: ein Vergnügen selbster Art ist solch eine Eisenbahnfahrt. Ich möchte hiermit den Herrn Eisenbahnminister oder einen seiner Herren Geheimräte einladen, des morgens 5.48 Uhr ab Gesundbrunnen mit dem Einseher solche Fahrt mitzumachen, damit die Herren einen Eindruck gewinnen, welchen Strapazen der Arbeiter vorher ausgeht, ehe sein eigentliches mühevolleres Tagewerk beginnt. Wenn schon die Eisenbahndirektion glaubt, uns mit angeblichem Kohlenmangel über Nichtbelegung und Verleumdung des Zuges verdrücken zu können, so mag sie wenigstens dafür sorgen, daß die einzelnen Wagen mit Scheiben versehen sind, so daß man nicht nach den bedauerlichen Fahrt an allen Gliedern steilgefroren den Zug verläßt. Die größte Mehrzahl der im Norden Wohnenden zieht es sogar vor, eine

die weiße Papiertrolle an, die gleichsam von blankem Silbergeld strotzte, und hegte mich selbst in den Glauben hinein, daß sie wirklich etwas enthalte. Ich spornete mich an, die Summe zu erraten — wenn ich richtig riet, gehörte sie mir! Ich stellte mir die kleinen niedlichen Rehnörestückchen auf dem Grunde vor und die selten Kronenstücke obendrauf — eine ganze Düte voll Geld! Ich starrte sie mit weit aufgerissenen Augen an und redete mir zu, hinzugehen und sie zu stehlen. Da höre ich den Konstabler husten — wie konnte es mir nur einfallen, ganz dasselbe zu tun? Ich erhebe mich von der Bank und huste, wiederhole das dreimal, damit er es hört. Wie er über die Papiertrolle herfallen würde, wenn er heran kam! Ich freute mich über diesen Streich, rieb mir vergnügt die Hände und suchte, daß es nur so Art hatte. Wenn er mit langer Nase abziehen mußte, der Hund! Ob er nicht in den heißesten Höllenpfuhl sinken würde über diesen Vabensreich! Ich war trunken vor Hunger, er hatte mich heraus!

Nach ein paar Minuten kam der Konstabler; er spähte nach allen Seiten und starrte mit den eisenbeschlagenen Absätzen über das Pflaster. Er läßt sich Zeit, er hat ja noch die ganze Nacht vor sich; die Düte steht er nicht, — nicht eher, als bis er dicht davor steht. Dann hält er in seinem Marsche ein und betrachtet sie. Sie sieht so weiß und wertvoll aus, wie sie da liegt; vielleicht 'ne kleine Summe drin, wie? eine kleine Summe Silbergeld? ... Er nimmt sie auf. Hm! leicht, sehr leicht! Vielleicht eine kostbare Feder, Hufeisen ... Und er öffnet sie vorsichtig mit seinen großen Fäusten und guckt hinein. Ich lachte, lachte und schlug mich auf die Knie, lachte wie ein Rasender. Kein Laut kam aus meiner Kehle; mein Lachen war still und hektisch, innig wie Tränen. Da klappert es wieder über das Pflaster, und der Konstabler geht über die Brücke. Ich sah da mit Tränen in den Augen und schnappte nach Luft, ganz außer mir vor fiebriger Lustigkeit. Ich fing an, laut zu sprechen, erzählte mir etwas von der Papiertrolle, ahmte die Bewegungen des armen Konstablers nach, guckte in die hohle Hand und wiederholte mir unaufhörlich: „Er hustete, als er sie wegwarf! Er hustete, als er sie wegwarf! Diesen Worten fügte ich neue hinzu, hängte ihnen aufreizende Dinge an, drehte den ganzen Satz um und spitzte ihn endlich dahin zu: Er hustete einmal — höchst!“ Ich erschöpfte mich in Variationen über diese Worte, und es wurde später Abend, bis meine Lustigkeit ihr Ende fand. Dann überkam mich eine träumerische Ruhe, eine behagliche Mattigkeit, der ich keinen Widerstand leistete. Es war

dunkler geworden, eine leichte Brise durchsurchte den Perlmutter der See; die Schiffe, deren Masten ich gegen den Himmel sah, waren mit ihren schwarzen Kumpfen wie lautlose Ungeheuer anzusehen, die mit gestäubten Borsten auf mich warteten. Ich empfand keinen Schmerz mehr, mein Hunger hatte ihn abgestumpft, statt dessen fühlte ich mich so behaglich leer, unberührt von allem um mich her und froh, von allen ungelassen zu sein. Ich legte die Beine auf die Bank und lehnte mich zurück; auf diese Weise empfand ich das Wohlbehagen der Abgesondertheit am besten. Keine Wolke in meiner Seele, kein Gefühl des Unbehagens, so weit ich denken konnte, keine Lust, kein Verlangen unerfüllt. Ich lag mit offenen Augen in einem Zustand des Selbstentzückens — ich fühlte mich so wohligh fern.

Noch immer kein Laut, der mich gestört hätte; die milde Dunkelheit verbarg mir das Gestalt und begrub mich hier in einer Ruhe — nur das öde Klacken der Stille klang mir monoton in den Ohren. Und die dunklen Ungeheuer da draußen werden mich an sich ziehen, wenn die Nacht kommt und mich weit übers Meer in fremde Länder tragen, wo keine Menschen wohnen. Und sie werden mich zu Prinzessin Palajas Schloss tragen, wo ungeachtet herrlich-leiten meiner harten, größer als alle Herrlichkeit der Menschen. Und sie selbst wird in einem prachtvoll strahlenden Saal sitzen, wo alles Amethyst ist, auf einem Thron von gelben Rosen, und sie wird mir die Hand entgegenstrecken, wenn ich eintrete, und mich grüßen und Willkommen heißen, wenn ich mich ihr nähere und niederknie: „Sei mir und meinem Lande willkommen, Ritter! Seit zwanzig Sommern harre ich deiner und rufe dich in allen sternhellen Nächten, und wenn du trauestest, weinte ich hier drinnen, und wenn du schliefst, habe ich dir die herrlichsten Träume eingehaucht! ... Und die Schöne nimmt meine Hand und folgt mir, und führt mich durch lange Hallen, wo große Menschenharen Hurra rufen, durch lichte Gärten, wo dreihundert junge Mädchen spielen und scherzen, hinein in einen zweiten Saal, wo alles aus strahlendem Smaragd ist. Da drinnen scheint die Sonne, durch Galerien und Hallen ziehen liebliche Sangeschöre, berauschernder Duft schlägt mir entgegen. Ich halte ihre Hand in der meinen, und fühle, wie des Zaubers wilde Boune in mein Blut dringt; ich lege meinen Arm um ihre Hüften, und sie flüstert: Nicht hier, folge mir noch weiter! Und wir treten in den roten Saal, wo alles aus Rubin ist, eine schäumende Pracht, in der ich zu Boden sinke. Da fühle ich, wie ihre Arme mich umfängen, der Hauch ihres Atems streift mein Antlitz und sie flüstert: Willkommen, Geliebter! Küsse mich! ... Küsse mich! Mehr ... mehr ... (Fortsetzung folgt.)

